

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Gayl verkündet Mehrstimmen-Wahlrecht

Berlin, 29. Oktober.

Auf dem Jahresbankett des Vereins Berliner Presse hielt am Freitag Abend Reichsinnenminister Freiherr von Gayl eine Rede, die in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvoll ist. Zunächst muß beachtet werden, daß Gayl heute eine der stärksten Figuren des Reichskabinetts ist; es wird sogar davon gesprochen, daß er nach den Wahlen im Falle einer Verständigung von Deutschnationalen, Zentrum und Nationalsozialisten Papens Nachfolger werden dürfte. Weiterhin mußte man dieser Rede in diesem Augenblick, in dem die preußische Frage unmittelbar vor der Lösung steht, besonderes Interesse entgegenbringen. Schließlich hat der Reichsinnenminister als zuständiger Ressortminister Grundsätzliches zur geplanten Verfassungsreform gesagt, das zum Teil über Papens Ankündigungen hinausgeht.

Freiherr von Gayl erklärte einleitend, grundstürzende Neuerungen seien nicht beabsichtigt. So werde die Staatsform, obwohl er persönlich Monarchist sei, unverändert bleiben, und auch der Charakter des Bundesstaates könne jetzt nicht preisgegeben werden.

Hingegen bedürfe das Verhältnis zwischen Reich und Preußen dringend der Neuordnung im Sinne einer organischen Verbindung zwischen beiden.

Nähere Ausführungen machte der Reichsinnenminister hierzu nicht, da er wohl den unmittelbaren bevorstehenden amtlichen Mitteilungen nicht vorgreifen wollte.

Eindeutiger sprach er über die Konsequenzen, die die Reichsregierung aus dem Urteil des Staatsgerichtshofes ziehen will. Die dort versuchte Lösung sei sehr schwer durchführbar und trage den Keim zu neuen unfruchtbaren Auseinandersetzungen in sich. Das Urteil weise aber selbst daraufhin,

daß der Herr Reichspräsident die Maßregeln treffen könne, die zur Erzielung einer einheitlichen Politik im Reich und in Preußen notwendig erscheinen.

Unter diesen Verhältnissen habe die Reichsregierung die doppelte Pflicht, sowohl den in Preußen beschränkten Weg folgerichtig und ohne Schwanken weiterzugehen, als auch alle Kraft daran zu setzen, die Reichs- und Verfassungsreform rasch zu einer gedeihlichen Lösung zu führen.

Die Verfassung weise große Mängel auf, an deren Beseitigung gearbeitet werden müsse. Der erste Mangel sei ein überspitzter Parlamentarismus. Hier müsse eine Sicherung eingebaut werden, welche zuverlässig arbeite. Sie könne im Ausbau der Rechte des Reichsrats oder im Einbau einer berufstätigen Kammer in die Konstruktion der Volksvertretung oder in einer Mischung von beiden bestehen.

Die Abhängigkeit der Regierungen von Parlamentsmehrheiten müsse beseitigt werden.

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstag solle erhalten bleiben. Es sei aber notwendig, das aktive Wahlrecht auf 25 Jahre und das passive Wahlalter auf 30 Jahre heraufzusetzen.

Den selbständigen Familien-Ernährern, gleichviel ob Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern solle eine Zusatzstimme gewährt werden,

um die Bedeutung der Familienernährer für unser Volk zu unterstreichen und den Kriegsteilnehmern den Dank des Vaterlandes zum Ausdruck zu bringen.

Mit diesen Ausführungen des Reichsinnenministers ist zum ersten Male in einer

offiziellen Ankündigung das Prinzip des Mehrstimmenwahlrechts verkündet worden. Von hier bis zur Zuerkennung mehrerer Stimmen für höhere Steuerleistung, Land- und Hausbesitz usw. ist nur noch ein kleiner Schritt.

Kein Schadenersatz

Berlin, 29. Oktober.

Die Tumulte, die sich in einer der ersten Sitzungen des Preussischen Landtags abspielten,

hatten jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Wie erinnerlich, war bei der Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Jürgenens erheblich verletzt worden. Der Abgeordnete hatte daraufhin gegen den Landtagspräsidenten Kerrl eine Schadenersatzklage angestrengt, und zwar mit der Begründung, daß der Präsident seine Aufsichtspflicht verletzt hätte. Diese Klage ist nunmehr vom Landgericht I Berlin abgewiesen worden.

Streik in der Concordia-Spinnerei

Danzlau, 28. Okt. (Eig. Bericht)

Heute traten in der hiesigen Concordia-Spinnerei etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik. Der Grund ist natürlich die Papen-Notverordnung. Die Concordia stellt seit etwa vier Wochen größere Gruppen von Arbeitern ein und kürzt entsprechend der Notverordnung den Lohn.

In der Betriebsversammlung, die den Streik beschloß, war auch der Gäuleiter des Textilverbandes, Fritsch-Liegnitz, anwesend. Er spielte eine merkwürdige Rolle. Die Generalität der SPD und der freien Gewerkschaft hat hier einen sehr würdigen Vertreter gefunden. Er hatte den erbitterten und zum Streik entschlossenen Arbeitern nichts zu sagen, als daß sie doch froh sein sollten, heute noch Arbeit zu haben. Sie sollten doch an ihre Arbeit zurückkehren, ein Streik wäre

heute ungesetzlich und von seiten der Gewerkschaften könnte eine finanzielle Unterstützung der Streikenden nicht stattfinden.

Der Redner der christlichen Gewerkschaften konnte jedenfalls mit seinen Ausführungen bei der Belegschaft mehr Zustimmung einheimsen als der Vertreter der freien Gewerkschaften. Dahin ist es also bereits gekommen. Die Führer der freien Gewerkschaften sind zögerlicher als die Christen.

Der Streikbeschuß und seine Durchführung zeigen erfreulicherweise, daß die Arbeitermassen inner- und außerhalb der Gewerkschaften anders denken und handeln, als die Fritsch und Genossen. Sie müssen nicht nur diesen Kampf geschlossen durchführen, sondern auch alles tun, um unter Ausschaltung der reformistischen Führung ihre Gewerkschaft zu einer alle Arbeiter umfassenden Kampforganisation zu machen.

Zum Diskutieren mit Naziproleten

„Wo sind die Nazibarone“

So fragen freche Nazi-Plakate und beantworten diese Frage mit der Behauptung, daß die Barone und „feinen Leute“ nur bei der Papen-Regierung, aber nicht in der nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei wären und daß die NSDAP mit den Herren Klub-Baronen nichts zu tun hätte.

Das ist aufgelegter Schwindel.

Erstens:

An der Spitze und in der Führung sind viele hunderte von abgetakelten Fürsten und Prinzen (der farose Kaiserprinzpröbling Audi, Herzog von Coburg-Gotha und viele anderen).

Laufend wird die NSDAP von den Hohenzollern, den Fürstfamilien von Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig mit vielen Millionen, dem Volk abgepreßten Millionen ausgehalten.

Was sind die Nazigrößen, die Grafen Heildorf, Graf Reventlow und viele andere Grafen denn anders als Nazibarone?

Nazibarone sind doch ebenso die Hunderte von adligen Herren „von und zu“, die alle ohne Ausnahme in der NSDAP in führender Stellung sind. Wir nennen da, außer den schon Angeführten, allein aus der letzten Reichstagsliste der NSDAP folgende „Arbeiter“-Barone: von Sybel, von Korswant, von Ulrich, von Elitz-Rübenach, von Epp, von Killinger, von Jagow, von Wangenheim, von Lingelsheim.

Wollen die Nazis einem Proleten vorreden, daß es diese Barone, alles gleichzeitig hohe Militärs, etwa ehrlich mit den Arbeitern meinen? Nein, sie wollen die Arbeiter, die Arbeiter-Partei, nur als Brücke für ihre Herrschaftsinteressen benutzen.

Diese „Arbeiterführer“ sind die hinterhältigsten Arbeiterfeinde, noch schlimmer als die offenen Feinde der Arbeiter im Herrenklub.

Zweitens:

Die heutige Papen- und Herrenklub-Regierung ist doch — wie Goebbels im „Angriff“ selbst schrieb: „Auf dem breiten Rücken der NSDAP in die Ministersessel geklettert“. Das heißt doch klar:

Nur die Hitlerpartei hat die Diktatur der Papen-Regierung ermöglicht. — Ohne Hitler kein Papen.

Heute schimpfen die Hitler, Goebbels wie die Rohrspatzen auf Papen, aber nicht, weil er die Arbeiterklasse unterdrückt, sondern nur, weil sie von ihm beim Verteilen der Ministersitze übers Ohr gehauen wurden!

Jetzt schon ist die Hitlerpartei bereit mit den Zentrumsbaronen und Großkapitalisten zusammenzugehen. Morgen schon werden sie wieder mit den Herrenklubleuten zusammengehen. Das heißt, diese verlogene „Arbeiterpartei“, die

NSDAP geht immer gegen Arbeiter

Arbeiter, gebt diesen Betrügnern den Fußtritt!

Kämpft mit uns, mit der Arbeiterklasse, mit der Sozialistischen Arbeiterpartei!

Stimmt für Liste 18!

Lebensmittelwucher

„Unermesslich sind weiter die katastrophalen Wirkungen des Agrarprotektionismus. Gestützt auf die hohen Zölle erzwingt das Agrarkapital seit Jahren weit über dem Weltmarktniveau liegende Preise.“

(Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der SAP.)

J. W. Zu Nutz und Frommen einer rückständigen Agrarwirtschaft wird die städtische Bevölkerung in Deutschland in schamloser Weise ausgeplündert. Sachverständige schätzen den Tribut, den vor allem die werktätigen Massen den Agrarier leisten müssen, auf 4 Milliarden Mark pro Jahr.

Von Millionen Hausfrauen wird heute verlangt, daß sie mit kümmerlichen Wohlfahrtsgroschen ganze Familien durchfüttern sollen. Wieviele aber wissen, daß sie mit ihrem Geld vielfach ein mehrfaches Quantum einkaufen könnten, wenn nicht durch eine unerhörte Zollpolitik die Preise bei wichtigen Lebensmitteln innerhalb Deutschlands drei- bis viermal höher wären, als auf dem Weltmarkt.

Greifen wir ein so wichtiges Nahrungsmittel wie den Zucker heraus. (Die heutige Zucker-Steuer- und Zollpolitik wurde von der SPD unter Müller als Reichskanzler eingeführt und noch dieser Tage von Kranold in der SPD-„Volkswacht“ verteidigt.)

Innerhalb Deutschlands ist der Zuckerpreis zum Teil — ungerechnet der Zuckersteuer — pro Zentner 10,50 Mark — macht — fünfmal so hoch wie auf dem Weltmarkt.

Folgende Zahlen kennzeichnen die Lage. Es kostete der Zentner Zucker

	in New York	in Magdeburg
Jahresdurchschnitt 1930	7,04 Mk.	20,33 Mk.
Jahresdurchschnitt 1931	6,20 Mk.	20,78 Mk.
1. März 1932	3,75 Mk.	20,— Mk.
1. September 1932	4,— Mk.	20,90 Mk.

In Deutschland werden jährlich ungefähr 1,6 Millionen Tonnen Zucker verbraucht. Bei einem Weltmarktpreis von 4 Mark pro Zentner ist das ein Wert von 128 Millionen Mark. Da in Deutschland aber der Zentner nicht 4 Mark, sondern 20,90 Mark kostet, müssen die deutschen Konsumenten für Zucker 668 Millionen aufwenden. Dazu kommt noch die Zuckersteuer mit ca. 320 Millionen Mark. 668 und 320 macht zusammen 988 Millionen.

988 Millionen anstatt 128 Millionen müssen die deutschen Zuckerverbraucher infolge der deutschen Zoll- und Steuerpolitik jährlich zahlen.

Läßt man die Zuckersteuer außer Betracht, so ergibt sich, daß die deutschen Verbraucher zugunsten der deutschen Zuckerindustrie und der Großlandwirtschaft jährlich 540 Millionen aufbringen müssen.

Dieser geradezu groteske Zustand erhält die richtige Beleuchtung erst dann, wenn man weiterhin berücksichtigt, daß in der gesamten deutschen Zuckerindustrie ca. 30 000 Menschen beschäftigt sind, mit Einschluß der Rübenbauern kaum mehr als 50 000. Wenn wir nun annehmen, die deutsche Regierung würde auf ihre Zollpolitik verzichten und die zur Deckung des deutschen zahlungsfähigen Bedarfs erforderliche Zuckermenge auf dem Weltmarkt kaufen und die Differenz zwischen dem in Deutschland gezahlten Ueberpreis an die an der deutschen Zuckerindustrie beteiligten 50 000 Personen verteilen, so würde davon jeder pro Jahr 10 300 Mark erhalten, d. h. jeder würde, ohne daß er einen Finger krümmen zu machen brauchte, das Vielfache des Einkommens eines qualifizierten Arbeiters erhalten. Natürlich werden die Arbeiter der Zuckerindustrie wie auch die kleinen Zuckerrübenbauern mit Bettelpennigen abgespeist. Den ganzen Riesengewinn stecken einige hundert Großagrarien ein.

Daß eine solche Zollpolitik, die die deutschen Verbraucher zwingt, den Rübenbauern und Zuckerindustriellen 540 Millionen pro Jahr in den Rachen zu werfen, die andernfalls für anderen Bedarf verausgabt werden könnten, zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beiträgt, liegt klar auf der Hand.

Eine weitere Folge dieser geradezu phantastischen von der SPD gedeckten Zollpolitik ist die Einschränkung des Verbrauches. 27 Kilo Zucker entfallen in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung gegen 51 Kilo in England und 59 Kilo in Amerika. Und die sowieso schon niedrige deutsche Quote wird durch Zölle, Steuern,

Arbeitslosigkeit und Lohndruck immer noch höher herabgedrückt. Um 30 Prozent ist der deutsche Zuckerverbrauch gegenüber 1930 gefallen.

Es soll aber niemand glauben, daß die verkehrspolitische Zollpolitik nur beim Zucker betrieblen wird. Andere lebenswichtige Nahrungsmittel werden in der gleichen Weise versteuert. Dafür einige Beispiele. Es kosten:

	In Holland	In Deutschland	einsehl. Zoll
1 Ztr. Weizen	1, Mk.	19,50 Mk.	
1 Ztr. Mehl	6,20 Mk.	30, - Mk.	
1/2 Pfd. Kaffee	1,10 Mk.	1,85 Mk.	

Diese riesige Preispumpe findet ihre Erklärung im deutschen Zolltarif. Zu besseren Beleuchtung der Schutzpolitik der deutschen Republik stellen wir die heute gültigen Zollsätze in Vergleich mit denen der Vorkriegszeit.

	Zolltarif in Mark pro Doppelzentner	Vorkriegszeit	heute
Weizen	5,50	25, -	25, -
Roggen	5, -	20, -	20, -
Mehl	10,20	42,50	42,50
Kartoffeln	2, -	2, -	2, -
Rinder	8, -	24,50	24,50
Schweine	9, -	40, -	40, -
Fleisch	27, -	55, -	55, -
Speck	36, -	20, -	20, -
Schmalz	10, -	10, -	10, -
Butter	20, -	50, - bis 170, -	50, - bis 170, -
Milch	15, -	8,50	8,50
Käse	15, -	30, -	30, -
Eier	2, -	5, -	5, -
Heringe	3, -	9, -	9, -

Der aus diesen Zollsätzen resultierende Lebensmittelwucher erfährt zur Zeit durch die Kontingentierungs-Politik der Papen-Regierung eine weitere Steigerung. Wenn sich schon bisher aus der Tatsache, daß in Deutschland jährlich mindestens 4 Milliarden für übersteuerte Lebensmittel verausgabt werden müssen, eine gewaltige zusätzliche Arbeitslosigkeit ergab, so muß die Arbeitslosigkeit durch die mit der Kontingentierungs-Politik unzertrennlich verknüpfte Drosselung der Ausfuhr industrieller Fertigungswaren zu einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit führen.

Wachsende Teuerung! Steigende Arbeitslosigkeit! Man sollte glauben, daß dies angesichts einer Lage, die sowieso schon für breite Massen unerträglich geworden ist, doch endlich einmal zur einheitlichen Gegenwehr der Arbeiterklasse führen müßte. Der Lebensmittelwucher trifft doch alle Richtungen der Arbeiterklasse in gleicher Weise. Obgleich diese Tatsache allseitig anerkannt und hervorgehoben wird, müssen wir leider feststellen, daß die Einheitsfrontbestrebungen in letzter Zeit ins Stocken geraten sind.

Das wird erst anders werden, wenn es gelingt, innerhalb der Arbeiterklasse das Gewicht der Kräfte zu verstärken, die unbeirrt von allen Fehlschlägen und Enttäuschungen mit zäher Energie dafür wirken, daß sich die Arbeiterschaft unbeschadet ihrer prinzipiellen Gegensätze zum gemeinsamen Kampf ums Beste zusammenschließen.

Unser Arbeitsbeschaffungs-Programm ist eine geeignete Basis für die Herbeiführung der proletarischen Einheitsfront. Wer damit einverstanden ist und die Bestrebungen der SAP billigt, der muß die Wahl am 8. November benützen, um für die kämpferische Einheitsfront und gegen ihre Saboteure zu demonstrieren durch die Stimmabgabe

für Liste 18

Die nächsten Maßnahmen in Preußen

Berlin, 29. Oktober.

Bis zur Stunde sind die Beschlüsse des Reichspräsidenten und der Reichsregierung über die weitere Gestaltung der preussischen Regierungsverhältnisse noch nicht offiziell bekanntgegeben. Am heutigen Sonnabend empfängt der Reichspräsident den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, und erst nach dieser Besprechung sollen die amtlichen Veröffentlichungen erfolgen. Man will auf diese Weise die Form wahren, um dem Leipziger Urteil formal gerecht zu werden und zugleich Herrn Braun die Unterwerfung unter die Beschlüsse des Reichspräsidenten zu erleichtern. Denn mit einer solchen Unterwerfung rechnet man in den Kreisen der Reichsregierung mit absoluter Sicherheit.

Halb offiziell erfährt man über die nächsten Pläne, daß der Reichspräsident für das preussische Finanzministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Kultusministerium besondere Reichskommissare ernennen wird. Diese Kommissare sollen zusammen mit Dr. Braucht als Reichsminister ohne Portefeuille ins Reichskabinet eintreten. Ferner ist beabsichtigt, das preussische Wohlfahrtsministerium aufzulösen und seine Funktionen auf andere preussische Ministerien zu übertragen. Bemerkenswerterweise handelt es sich hier um Pläne, die schon vom Kabinet Braucht erörtert wurden. Auch in dieser Beziehung hat also die Regierung Braun/Sevting der Reaktion vorgearbeitet.

Ausschreitungen eines Polizeioffiziers

Berlin, 27. Oktober.

WTB. Ein Polizeioberleutnant hatte gestern nachmittag in der Toilette eines Weinklokals in Wilmsdorf in angründlichem Zustand zwei Schüsse abgegeben. Der Fall ist sofort weiter gemeldet worden, der Oberleutnant wurde von der Ausübung seiner Dienstgeschäfte entbunden und der Polizeipräsident hat eine Untersuchung angeordnet.

Papen — das kleinere Übel?

Die SPD auf dem Wege zu neuer Tolerierungspolitik

Wenn man in diesen Tagen sozialdemokratische Zeitungen und Flugblätter liest, wenn man die energischen Worte hört, die in Wahlversammlungen gegen die Papen-Regierung gesprochen werden, wenn man die Entschiedenheit zur Kenntnis nimmt, mit der heute alle Sozialdemokraten für die „Sozialistische Aktion“ für den Sozialismus als Tagesforderung eintreten, könnte man zu der Überzeugung kommen, daß die SPD eine Schwankung vollzogen hat, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft werden könnte. Und doch sind alle diese Dinge — Anträge auf Umbau der Wirtschaft, Volksbegehren, Kampf gegen Papen — nichts als Kulissen, hinter denen sich ein neuer Umfall vorbereiten scheint. Bereits die Entschließung des ADGB, der Papenschen Wirtschaftspolitik eine Chance zuzubilligen (und diese Chance kann bei der Aufgabe Papens nur sein die Wiederherstellung der uneingeschränkten Privatwirtschaft, also die Wiederkehr viel größerer Krisen!), gibt die Widerkehr viel größerer Krisen!), gibt die größten Bedenken Anlaß. Wie aber, wenn noch folgendes festgestellt werden muß:

In einer öffentlichen Wahlversammlung der SPD am 25. Oktober in Buchholz i. S. hat der Vorsitzende des Einheitsverbandes Deutscher Eisenbahner, Scheffel, erklärt:

„Papen ist gewiß schlimmer, Hitler aber wäre tausendmal schlimmer!“

Das ist die für die Arbeiterschaft so verhängnisvolle Theorie vom kleineren Übel in Reinkultur! Es ist nur noch ein kleiner Schritt zu einer Tolerierung Papens! Genossen, schlägt Alarm!

Damit nicht genug. Unser Diskussions-

redner bewies in dieser Versammlung, daß die sozialdemokratischen Anträge auf Umbau der Wirtschaft mit Sozialismus nichts zu tun haben, daß sie Staatskapitalismus wollen; daß, wer den Sozialismus will, den Weg zum Sozialismus wollen muß, den Weg der außerparlamentarischen Aktion, den Kampf um die Arbeiterkontrolle der Betriebe, die Arbeiterregierung, die Diktatur der Arbeiterschaft.

Scheffel ist anderer Meinung. Trotzdem die Demokratie nicht nur ausgeschaltet ist, sondern sich klipp und klar für jeden Einsichtigen gezeigt hat, daß der Weg der SPD — der Weg über den demokratischen Parlamentarismus in einem bürgerlichen Staat — weder zum Ziele geführt hat noch führen wird — trotzdem erklärt er, nur der demokratische Weg der lang-samen, stetigen Entwicklung führe zum Sozialismus.

Damit wird zugegeben, daß es der SPD nicht ernst ist mit ihrer Parole „Sozialismus als Gegenwartsaufgabe“. Damit wird die Arbeiterschaft zurückgeführt auf den Weg des Abwartens, des Koalierens, des Tolerierens. Damit fallen auch die letzten Schleier, die noch verbergen, was hinter den Erkenntnissen (?) der Tarnow, Wels u. a. steckt. Damit ist erwiesen, daß der Gedanke der Volksgemeinschaft fröhliche Urstände feiern wird, wenn die radikalen Reden der Wahlzeit ihre Pflicht erfüllt haben: die Arbeiterschaft abzuhalten von der Erkenntnis ihrer Lage, abzuhalten vom Kampf um ihre Forderungen. Die SPD hat nichts gelernt und alles vergessen — die Aufgabe der SAP ist es, daß die Arbeiterklasse daraus lernt und nichts vergißt!

Herriot entwickelt Frankreichs Abrüstungsplan

Eine große Kammermehrheit steht hinter ihm

Paris, 28. Oktober.

Die französische Kammer führte am Freitag eine große Aussprache über die Abrüstungsfrage durch. Zuerst sprach Chossigne von der Gruppe für Arbeitereinheit (Kommunistische Dissidenten). Er kritisierte scharf den französischen Generalstab und die Bündnispolitik Frankreichs, durch die „militärische Räuber-nationen“ wie Polen und Rumänien ermutigt würden. Der Kammerpräsident rief den Redner wegen dieser Ausführungen zur Ordnung und Ministerpräsident Herriot sprach sein Bedauern aus.

Für die Sozialisten appellierte Leon Blum an den Friedenswillen des Ministerpräsidenten. Man müsse der deutschen Regierung jedes Argument zur Aufrüstung entziehen, indem man in Frankreich schrittweise abrüste.

Nach einigen weiteren Rednern nahm Ministerpräsident Herriot das Wort. Er erklärte, Reichswahrminister v. Schleicher habe mit aller Eindeutigkeit enthüllt, was die deutsche Regierung unter Gleichberechtigung verstehe. Es handle sich darum,

die Reichswehr zu verdoppeln und sie mit schwerem Kriegsmaterial zu versehen.

Eine solche Forderung nach Gleichberechtigung laufe auf eine Forderung nach Aufrüstung hinaus, darin seien sich England und Frankreich einig. Deutschland folge heute dem Programm des Generals von Seeckt: Schaffung zweier Armeen, von denen die erste aus erstklassigem Mannschafspersonal und mit sechsjähriger

Wählt nur Liste 18

Ausbildungszeit, und die zweite aus Mannschafspersonal mit dreimonatiger Ausbildungszeit bestehe.

Herriot entwickelte dann einen sogenannten konstruktiven Abrüstungsplan Frankreichs. Danach sollen alle nationalen Berufsheere, wie die Reichswehr, abgeschafft werden. Eine gegenseitige internationale Kontrolle soll geschaffen werden. Der Locarno-Vertrag soll so erweitert werden, daß jede europäische Nation daran teilnehmen könne und daß die auf diese Weise vorgesehene Kollektivmarkt ausreiche, um einen Angriff zu unterdrücken. Ferner sollen die Vereinigten Staaten von Nordamerika Sicherheitsgarantien übernehmen, und für alle Teilnehmer am Pakt soll das Schiedsgerichtsverfahren obligatorisch sein. Herriot schloß mit der Bemerkung, wenn dieser Plan abgelehnt wäre, könne Frankreich nicht für das Scheitern der Konferenz verantwortlich gemacht werden.

Für die Sozialisten erklärte Leon Blum, der Plan sei geeignet, die Begeisterung der Völker auszulösen. Ein Vertreter der kommunistischen Dissidenten erklärte, daß auch diese — wie die Sozialisten — für das Vertrauensvotum stimmen würden.

Das Vertrauensvotum für die Regierung Herriot wurde dann mit 430 gegen 29 Stimmen angenommen.

Die 20 Gegner gehörten der Rechten und der Republikanischen Föderation Louis Marin an.

Krieg im Urwald

Asuncion, 28. Oktober.

WTB. Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums haben sich drei bolivianische Soldaten einem paraguayischen Vorposten gestellt und erklärt, daß sich vier Offiziere und 170 Mann ihres Regiments im Urwald verirrt hätten. Daraufhin ist eine Rettungskolonie abgeschickt worden, die im Chaco die Leichen von 100 bolivianischen Soldaten aufgefunden hat. Allen Anschein nach sind die versperrten Bolivianer verdurstet.

SPD-Schamlosigkeiten in der Hamburger Bürgerschaft

(Eigener Bericht der SAZ)

Hamburg, 28. Oktober.

Dieser Tage trat die hamburgische Bürgerschaft nach längerer Pause wieder einmal zusammen. Die Tagesordnung bewies, daß sich die SPD noch kurz vor den Wahlen einmal eine Agitation von der Parlamentarstrübe verschaffen wollte. Neben kleinen Anfragen sollte über Notstandsarbeiten gesprochen werden.

Die Senatsvorlage wurde von dem SPD-Bürgermeister R. Roß begründet. Hamburg erhält danach aus Reichsmitteln 7 Millionen Mark. Die Bedingungen sind echt Papenscher Natur.

Nur Privatunternehmer sollen die Notstandsarbeiten ausführen.

Die Arbeiter sollen nicht länger als 13 Wochen beschäftigt werden und bei 40stündiger Arbeitszeit einen Brutto-Lohn von RM. 0,66 pro Stunde erhalten. Roß meinte, er wüßte wohl, daß diese Bedingungen fast untragbar seien, der Senat habe aber nicht den Mut gehabt, darum die Arbeitsgelegenheit abzulehnen.

Da die Senatsvorlage bereits dem Ausschuss vorgelegen hatte, war eigentlich die Haltung aller Parteien festgelegt. Hatten doch alle von Nazis bis zur SPD dies traurige Stück Arbeitsbeschaffung begrüßt. Aber im Plenum leistete sich die NSDAP einen ganz besonderen Eiertanz. Ihr Redner Ahrens erklärte, daß die Nazis bei diesen schlechten Bedingungen für die Arbeiterschaft nicht in der Lage sei, der Vorlage zuzustimmen. Sie würden zwar nicht dagegen stimmen, aber sich der Stimme enthalten. Er hielt dann eine nationale Volksversammlungsrede, die sich vor

Ein Wahlschwindel der KPD

Die Kommunistische Partei hat offenbar berechnete Angst, daß die sachliche und scharfe Kritik, die die SAP an der ultra-linken Wahlschwindel der KPD übt, ihre Früchte tragen wird. Darum verschärfte sie ihren Kampf gegen die Sozialistische Arbeiterpartei, und da ihr sachliche Argumente nicht zur Verfügung stehen, kommt sie täglich mit neuen Lügen. Heute behauptet die kommunistische Presse, „Führer und Gründer der SAP“ hätten ein Aufnahmegeräusch an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gerichtet. Schon die Formulierungen, in der die kommunistische Presse diese Meldung bringt, zeigt, daß die ganze Sache aus den Fingern gesogen ist. Es ist eine Wahlbombe, mit der die KPD aber nicht den geringsten Erfolg haben wird. Gerade die jüngste Politik der KPD mit ihrer immer stärkeren Betonung des Nationalismus und andererseits der bereits wieder auf neue Tolerierung zustauende Kurs der SPD zeigen der gesamten Mitgliedschaft der SAP die unbedingte Notwendigkeit, im Interesse der deutschen Arbeiterklasse alle Kräfte für den weitesten Ausbau und Aufstieg der Sozialistischen Arbeiterpartei einzusetzen.

Prozeß Bullerjahn

Leipzig, 28. Oktober.

CNB. Ueber das am 3. November vor dem Vierten Strafsenat des Reichsgerichts beginnende Wiederaufnahmeverfahren in der Sache des früheren Lagerhalters der Berlin-Karlsruher Industriewerke AG, Walter Bullerjahn werden jetzt näher Einzelheiten bekannt, die auf eine längere Verhandlungsdauer schließen lassen. Das unter Vorsitz von Senatspräsident Dr. Bünzger durchzuführende Verfahren soll im wesentlichen öffentlich verhandelt werden, es wird zum mindesten aber in voller Öffentlichkeit im Hauptsitzungssaal des Reichsgerichtes eröffnet werden. Im Laufe der weiteren Verhandlung wird sich dann ergeben, ob und inwieweit bei der Erörterung einzelner Teilfragen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden muß. Nach Erledigung der mit der Eröffnung verbundenen Formalien wird voraussichtlich einige Tage in Leipzig verhandelt werden. Sodann wird sich der Senat zur Augenscheinnahme und Zeugenvernehmung nach Berlin begeben und sich dort vermutlich zwei bis drei Tage aufhalten. Als Hauptzeuge dürfte der frühere Generaldirektor der Berlin-Karlsruher Industriewerke, von Gontard, in Frage kommen. Die Anklage wird von Rechtsanwalt Dr. Nagel vertreten, während die Verteidigung Bullerjahns bei Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld-Berlin liegt. Die Gesamtdauer der Verhandlung wird auf zwei bis drei Wochen geschätzt.

KPD-Führer verhaftet

Stuttgart, 29. Oktober.

WTB. Der frühere Reichstagsabgeordnete der KPD Buchmann ist in der vergangenen Nacht auf Grund eines Haftbefehls des Reichsgerichts bei einer Sitzung der Bezirksleitung der Württembergischen KPD festgenommen worden.

Koalitionsregierung in Griechenland

Eine Konferenz der politischen Führer beschloß heute im Prinzip die Bildung eines Koalitionskabinetts aus den Oppositionsparteien.

Scheinrevoluzzertum überstürzen wollte. Daß man gerade Herrn Ahrens für diese Mission auserzehen hatte, war sicher Pech, machte doch gerade Herr Ahrens sonst immer in Hypernationalismus.

Schlimmer noch als die Nazis wirkte sich das Verhalten der SPD aus. Ihr Redner war Steinfeld. Er ist der 5. Kandidat auf der SPD-Liste und Reichsbanner-gaufferer. Nachdem er sich zu dieser Art Arbeitsbeschaffung bekannt hatte, glaubte auch er sein Uebliches für die Wahl tun zu müssen. Da die SPD eben mal sehr auf der nationalen Welle zu senden beliebt, so sagte er wörtlich:

„In nationaler Beziehung, das haben die letzten Jahre bewiesen, lassen wir uns von niemanden, auch nicht von den Nazis übertrumpfen!“

Nach dieser Großtat, die von seinem im Plenum sitzenden Genossen mit rauschendem Beifall belohnt wurde, muß man die SPD im Wahlkampf einschätzen. Der SPD-Bürgermeister, der den Arbeitern zumutet, unter solchen Bedingungen Notstandsarbeiten für die Privatkapitalisten zu machen und den SPD-Reichstagskandidaten, der sich als nationalistischer, als die Nazis bezeichnet.

Als dann die KPD vortrug, daß bei der Hamburger Wohlfahrt beabsichtigt sei, den Krisenbeziehern die Zuschüsse zu sperren, wenn das Reich die angekündigte Winterhilfe zahle und deshalb sich die Bürgerschaft noch heute mit dieser Angelegenheit beschäftigen müsse, widersprach ausgerechnet der SPD-Abgeordnete Ehrenteil. Er glaubte wohl, weil er Vorsitzender der Freien Gewerkschaften sei, sei er verpflichtet, auf keinen Fall etwas für die Aermsten der Armen zu tun.

Die SAP im kommunalpolitischen Kampf

Delitzsch, 28. Oktober.

Dieser Tage fand nach langer Zeit wieder einmal eine Stadtverordnetenversammlung statt. Der Bezirkskommissar des LA hat verschiedene Arbeiten, die auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt werden sollen, genehmigt. Interessant war hier die Haltung des Reichsbannerführers und SPD-Vorsitzenden Schwahn. Der liebe Mann erklärte, daß die SPD zwar dem Arbeitsdienst skeptisch gegenüberstehe, da er willige Lohnarbeiter erziehe und billige Arbeit liefere. Aber dann kam das „kleinere Uebel“, er verlangte wenigstens Schuhe für die Arbeitsdienstsoldaten, da die aber schon beschafft sind, hatte er nichts weiter zu sagen.

Anders dagegen unser Genosse Richter von der SAP-Fraktion. Er erklärte, daß wir als SAP den freiwilligen Arbeitsdienst grundsätzlich ablehnen; die SAP sei wohl für Durchführung der Arbeiten, aber nur zu den Tariflöhnen des Gemeindefacharbeiters. Er brachte folgenden Antrag ein:

„Die Instandsetzung von 16 500 Hfd. m Wegen, Anlegung von Seitenwegen, Schaffung von Grünanlagen und Wegen an der Schloßpromenade, Garten am Rosental, am Wasserwerk, Manietriedhof und Stadtpark im freiwilligen Arbeitsdienst beschließt die Stadtverordnetenversammlung; Die Entlohnung der Arbeiter erfolgt nach den Sätzen des Lohnstarifvertrages für die Gemeindearbeiter. Die erhöhten Ausgaben werden jeweils durch die in Frage kommende Verwaltung getragen.“

Der Antrag wurde vom Vorsteher (bürgerlich) nicht zur Abstimmung gestellt, weil er nicht gesetzlich sei; er verlangte Zurückziehung des Antrages. Er wurde aber von der SAP-Fraktion nicht zurückgezogen.

Genosse Richter stellte dann noch fest, daß bei den Straßenbauarbeiten in der Hindenburgstraße Leute des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt werden, obwohl diese Arbeiten nicht im freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden. Stadtrat Kotze (KPD) erklärte dazu, das sei richtig, das läge eben daran, daß in der Verkehrsverwaltung zu wenig Arbeiter beschäftigt waren, hatte doch die Nachbarschaft Eilenburg, die gerade 2000 Einwohner mehr habe, 30 Arbeiter in der Verkehrsverwaltung, Delitzsch aber nur 14; deshalb würden eben die Arbeitsdienstwilligen mit herangezogen. Er sei zwar dagegen, aber wenn sich Leute finden, könne er nichts dagegen machen.

Darnach erstatten die beiden Bürgermeister

Bericht über die Finanzlage der Stadt.

Als erster Bürgermeister Böfcher; er führte aus: Aus dem Etatsjahr 1931/32 sei ein Fehlbetrag von 76 260 RM. vorhanden, der sich tatsächlich aber noch erhöhe auf 84 359 RM. Das Defizit sei immerhin noch tragbar. Ein Teil rückständiger Steuern müsse niedergeschlagen werden. Der laufende Haushalt weise eine eingefrorene Schuld an die Stadtsparkasse von über 72 000 RM. auf. An die Mitteldeutsche Heimstätte und an die Sparkasse sind vom Wohnblockbau an der Bitterfelder Straße noch rund 180 000 RM. zu zahlen. Rückständig sei auch die fällige Rate für den Schloßankauf. Man hoffe, sie in Raten am Schluß des Jahres abdecken zu können. Die Steuererträge gingen immer mehr zurück. Der Magistrat habe sich gegen die 600% Bürgersteuer gewehrt, man sei aber zur Einführung gezwungen. Die Aufsichtsbehörde verlange, daß der ungedeckte Fehlbetrag nochmals überprüft und nochmals Einsparungen am Etat vorgenommen werden. So wurden denn auch tatsächlich an

verschiedenen Etatspositionen noch Abstriche vom Finanzdezernenten vorgenommen, alle vom Wohlfahrtsrat 104 000 RM. Da die Erwerbslosenzahl beim Wohlfahrtsrat nicht so hoch geworden sei, wie man erwartet hatte, könnte man den Betrag streichen. Die Verwaltung lebe nur von der Hand in den Mund, der Betrieb sei teilweise nur noch mit Staatshilfe durchzuführen gewesen.

2. Bürgermeister Baumgardt berichtete über das Elendsbild der Aermsen der Armen, die Wohlfahrtsratwerbslosen und Fürsorgeempfänger. 1322 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die wöchentlich 18 860 RM. erhalten, wurden am 24. Oktober gezahlt. Daneben erhalten aber noch andere Fürsorgeunterstützungsempfänger monatlich 7723 RM. Außerdem gewähre das Wohlfahrtsamt noch Sonderleistungen, so Mietbeihilfen und verbilligte Milch für monatlich 4500 RM. Die Volksküche, die jetzt täglich über 400 Ltr. Essen verabreicht, bedarf eines Zuschusses von wöchentlich 740 RM. Die Warmhalle werde am 1. November eröffnet in den Räumen der früheren Landkranken- kasse, am Markt. 400 Fleischverbilligungskarten seien ausgegeben worden. Außerdem wolle man verbilligte Kohlen für den Winter beschaffen. Man stehe vor einer ernsten Lage, da die Mittel der Gemeinden und auch der privaten Hilfe stark erschöpft seien. Mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes wolle man versuchen, Kleidungsstücke anzufertigen für die Hilfsbedürftigen. Die Stadt stelle zum Ankauf fertiger Kleidung 6620 RM. und für Material 5600 RM. zur Verfügung.

Damit habe aber die Stadt alles getan, was in ihrer Kraft stehe. Die Grenze der Leistungsfähigkeit sei erreicht. Weitere Wünsche und Anträge müßten unberücksichtigt bleiben.

Mit tiefer Ergriffenheit hörte sich die Stadtverordnetenversammlung die Ausführungen und das Elend, was aus ihnen sprach, an.

Stadtvorsteher Gebhardt (SAP) erklärte, daß die Finanzlage der Stadt nicht allzu schlecht sei, sei nur auf Kosten der Arbeiterschaft herbeigeführt worden. Man nehme noch immer bei denen, die nichts mehr hätten; es sei unmöglich, daß die Arbeiterschaft die 500% Bürgersteuer tragen könne; verdiene doch zum Beispiel ein Eisenbahnwerkskammerarbeiter heute nur noch 16 bis 26 RM. in der Woche, während er noch vor einem Jahre 36-45 RM. verdiente. Er beantrage deshalb im Antrage der SAP-Fraktion:

„Bei einem Jahreseinkommen unter 2000 RM. wird keine Bürgersteuer erhoben.“

Einem KPD-Antrag auf eine einmalige Unterstützung der Hilfsbedürftigen und Abschaffung der Pflichtarbeit, sowie dem SAP-Antrage wurde die Dringlichkeit versagt.

An die öffentliche Sitzung schloß sich eine nichtöffentliche an.

Schnellzug Nanking-Schanghai verunglückt

90 Tote und Verwundete

Schanghai, 28. Oktober.

Der Schnellzug Nanking-Schanghai ist heute bei Souchow entgleist. Der Lokomotivführer hatte die Haltesignale, die Streckenbauarbeiten anzeigten, übersehen. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf etwa 90 geschätzt.

(Eigener Bericht der SAZ)

Schneeberg i. E., 28. Oktober.

Es entspricht durchaus den Prinzipien der faschistischen Justiz, bei Überfällen die Schläger, wenn es Nationalsozialisten sind als Zeugen bzw. als Nebenkläger zuzulassen.

13 Arbeiter und Arbeiterinnen, kommunistische und parteilose, die in der Nacht zum 31. Juli von einer SAP-Versammlung friedlich nach Hause gingen und auf dem Heimweg von Nazis sehr schwer verletzt wurden, andere, die nur zu ihren Fenstern herausguckten, sind wegen öffentlicher Zusammenrottung, schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweggründen angeklagt.

Den Angeklagten wird zur Last gelegt, in der Wahlnacht vor dem Gasthaus zum „Brummer“ Nationalsozialisten überfallen und sie schwer mißhandelt zu haben. Diese Beschuldigung ist verständlich, wenn man weiß, daß

von 29 Zeugen 22 Nationalsozialisten und 3 nazifreundliche Polizeibeamte

sind, auf deren Aussagen sehr stark die Anklageschrift aufgebaut ist. Unter diesen Zeugen befinden sich die Hauptschläger der Wahlnacht, die um so schärfer verurteilt, ihre Opfer zu belasten. Schließlich interessiert sich das Gericht auch weniger für die Ursachen der gesamten Vorgänge, die nach unserer Meinung ein geschlossenes Ganzes bilden und nicht voneinander getrennt in zwei Verfahren behandelt werden können (Bahnhofstr., Markt, Brummer), sondern nur für den Vorfalle am Brummer. Dort sollen 50-60 Kommunisten und SAP-Leute auf einige Nationalsozialisten eingeschlagen haben, obwohl dort außer einigen Frauen, die von SA- und SS-Leuten mißhandelt wurden, niemand weiter war. Die Arbeiter, die auf die Hilferufe der Frauen gerannt kamen, wurden zu Boden geschlagen und schwer mißhandelt. Rechtsanwalt Dr. Lewin bringt eine Reihe Entlastungszeugen, ebenso Rechtsanwalt Reinhardt für seinen Klienten W. Oettel. Das Gericht beschließt, dieselben am Donnerstag zu hören. Der Arbeiter Unger war zum Beispiel in dieser fraglichen Nacht und Zeit zu Hause, wo er am Tatort gewesen sein soll. Auch seine Zeugen werden gehört. Oettel, der während der Vorgänge zum Fenster hinausgeschaut und alles beobachtet hat, soll Zettelchen losgerissen und mit diesen auf Nazis eingeschlagen haben. Oettel sollte, das ist unsere Meinung, durch derartige Angaben aus der Naziquelle als mißliebiger Zeuge damit ausgeschaltet werden.

Die nationalsozialistische Zeugenvernehmung war wohl das Interessanteste vom ersten Verhandlungstag, obwohl an dem Verhalten gegenüber dem Verteidiger Lewin zu merken war, daß die NS-Zeugen Instruktionen gehabt haben, was später auch Staatsanwalt Herzog mit anderen Worten bestätigte, als der Zeuge Zier auf eine Frage des Staatsanwalts sagte: Einem jüdischen Anwalt gebe ich keine Antwort. Diesen Frechheiten war ständig Lewin ausgesetzt, aber daß das Herzog passieren mußte, war eine Überraschung. Herzog sagte u. a. „Sie sind ja schon instruiert worden, wir werden ihnen einmal Disziplin beibringen, auch bei Ihnen gibt es Rechtsanwälte jüdischer Rasse.“ Die Zeugen verwickelten sich fast alle in Widersprüche, auch der wirklich „arbeiterfreundliche“

Die Verhandlung wird sich auf einige Tage erstrecken.

Riesenburg

Landfriedensbruch-Prozess

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Königsberg i. Pr., 28. Oktober.

Wegen der Vorfälle in Riesenburg am 29. Juli 1932 tagte in diesen Tagen das Sondergericht Elbing. Angeklagt

waren die Arbeiter Hermann Gribe aus Riesenburg, Schlosser Paul Müller, Arbeiter Rudolf Wichmann, August Rauteberg, Arbeiter Franz Grötkowski aus Wachsenau bei Riesenburg, Arbeiter Otto Wichmann, Otto Brandt, Emil Rogge und Zimmerer Willi Polareck aus Riesenburg. Die Anklage lautete: Aufforderung zur Zusammenrottung, Landfriedensbruch, öffentliche Aufforderung zur Gewalttat gegen einen Polizeibeamten, Teilnahme an öffentlichem Handel. Als Zeuge und Nebenkläger war Otto Schmidke erschienen. Obwohl sein Erscheinen als Kläger nur ein etwas Empörendes ansehe, mit Recht schreitet ein hiesiges Sozialistenblatt über die Zulassung dieses Zeugen folgendes: Daß dem Antrag des bekannten Nazirechts Dr. Rieth, Otto Schmidke als Nebenkläger zuzulassen, von dem Gericht stattgegeben wurde, muß verwunderlich erscheinen, denn durch die Schritte des Schmidke wurden die zwei Arbeiter getötet und ein Arbeiter schwer verletzt. Eigentlich würde Schmidke auf die Anklagebank gehören. Statt dessen tritt er als Zeuge auf und wird noch als Nebenkläger zugelassen.

Der Vorfalle ist kurz skizziert folgendermaßen: Die KPD hatte beschlossen, in der Nacht zu kleben. Am Nachmittag war es aber zu einer Schlägerei mit in Riesenburg wohnenden Danziger SS-Leuten gekommen. Infolge Lebensmittelmangels sah die KPD-Leitung von der vorgesehenen Kleberaktion ab und verschob diese auf die kommende Nacht. Um 11 Uhr abends kam nun ein geschlossener Nazitrupp die Königstraße herunter. Dies sahen die beiden Angeklagten Gribe und Grötkowski, die sich in den Hof ihrer Wohnhäuser zurückzogen. Der uniformierte Nazitrupp klopfte Handpfeife an die Häuser und Lichter aus. Als mehrere Nazis auch das Haus des Gribe betreten wollten, rief dieser ihnen zu: Hier wird nicht geklebt! Darauf gingen zwar die Nazis weiter, aber es ertönte plötzlich ein Schuß. Die Angeklagten kamen, zu dem Teil unvollständig bekleidet, darauf aus ihren Wohnungen und stürzten auf die Straße, auf der sich inzwischen ein zweiter Nazitrupp eingefunden hatte. Der erste Trupp unter Führung von Schmidke hatte sich nach der Friedhofstraße zurückgezogen, wo sie die aus einem Lokal nach Hause gehenden Angeklagten Wichmann, Müller, Wronna und Quodnau trafen. Wronna begann mit dem Nazis zu diskutieren, die diesen in ihre Mitte nahmen und sich immer schneller nach der Königstraße zurückzogen. Die übrigen Arbeiter folgten aus Neugierde, was wohl mit Wronna geschehen sollte, den Nazis. Hierdurch fühlten sich diese bedroht und wollten auch Schläge erhalten haben. Deshalb wußte ihr Sturmführer Fach dem Schmidke den Befehl gegeben haben, zu schießen. Auf die Schießerei hin eilten alle Angeklagten zu dem Tatort, fanden hier Tote und Verwundete vor und es herrschte sich ihrer eine ungeheure Erregung. Als sich die Arbeiter um ihre verletzten Kameraden bemühten, erschienen plötzlich die Polizei und räumte mit der blanken Waffe den Tatort.

Das Urteil in diesem Prozess: Gribe wegen gefährlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis, Grötkowski wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung sowie wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu fünf Monaten zwei Wochen Gefängnis, Rudolf Wichmann wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu vier Monaten Gefängnis, sein Bruder Otto zu drei Monaten Gefängnis, Brandt zu vier Monaten Gefängnis, Polareck und Rogge zu je drei Monaten.

300 Todesopfer eines Taifuns

Paris, 28. Oktober.

Wie die Agentur Indopacificque aus Saigon meldet, hat der Taifun, der am 18. Oktober über den anamitischen Küstengebiet niedergelassen ist, 300 Todesopfer gefordert. Der Sachschaden ist ungeheuer.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIE-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verbreitung und Radioverbreitung, vorbehalten.

In drei Brennpunkten treffen sich die revolutionären Energien:

Im zweiten Obergeschoß des Reichstages, im Zimmer Nummer 18, erwägen die Vertreter der radikalen parlamentarischen Richtung die Machtverhältnisse der beiden sozialistischen Parteien und schwanken zwischen den Möglichkeiten alleiniger Regierungsübernahme, gemeinsamer Übernahme mit den Sozialdemokraten und völliger Enthaltung.

Im großen Plenarsaal des Reichstages konstituiert sich aus den revolutionären Obleuten und der zufälligen Ansammlung von Arbeitern und Soldaten ein provisorischer Ausschuß, der die am andern Tag einzuberufende Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte vorbereitet.

Die Mehrheitssozialdemokratie ist mit ihrem Vorstand und ihrem ganzen Apparat in die Reichskanzlei übersiedelt und entwickelt eine geschäftige Tätigkeit nach zwei Richtungen: Gemeinsame Regierungsbildung mit den Unabhängigen unter der Parole „Sicherung der Revolution“, Heranziehung der bürgerlichen Kräfte zum Zwecke der baldigen Einberufung einer Konstituante unter der Parole „Demokratie“.

Die Führer der Unabhängigen diskutieren

Die Mehrheitssozialdemokraten organisieren

Die Obleute suchen sich im A- und S-Rat zu verankern!

Und auf der Straße bewegt sich die große namenlose Masse, die nach diesem Tag voller Erregung müde wird und mit der vorrückenden Zeit anfängt sich zu verlaufen. Die geschlossene Demonstrationsbewegung ist zerfallen und nur einzelne, stillstehende Inseln sind zurückgeblieben. Am Brandenburger Tor steht ein weites Feld von bewaffneten Arbeitern und Soldaten, die bereit sind, die Revolution zu verteidigen. Auf dem Alexanderplatz drängt sich ein großer dunkler Haufen und spricht über die Einrichtung von öffentlichen Volksspeisungen, vom Schloß und von den Villen im Berliner Westen, die zu Wohnzwecken geöffnet werden müssen, von Arbeitsmöglichkeiten für die von der Front zurückkehrenden Soldaten. Der Lustgarten ist überfüllt von vielen kleinen eifernden Gruppen, die über alle möglichen gesellschaftlichen und politischen Probleme diskutieren. Im Zirkus Busch zittern zwischen den bebogenen Schatten der Oleanderbüsche die Silhouetten der beiden Ducker. „Die Serie der Kriege wird erst abgeschlossen sein mit dem Sturz des Kapitalismus!“ ruft der Mann. „Mütter und Töchter, reißt euch ein in die Kampffront, auf zum letzten Gefecht!“ ruft die Frau.

Die Leute verlassen den Zirkus — krummgebeugte Proletarier, die ein erstes Mal versuchen, sich aufzurecken, Männer und Frauen, in deren Augen die Hoffnung flackert, daß die Tage der Not vielleicht doch noch einmal ein Ende nehmen werden. Mitten in der abziehenden Menge befindet sich die Näherin Trude Müller. Sie hat sich von ihren Nachbarn losgemacht und läßt sich ziellos treiben, — die Linden entlang, durch die Friedrich-

straße. Vor dem Bahnhof bleibt sie stehen. Ein Zug aus dem Westen ist angekommen. Soldaten mit häßlichen Gesichtern, mit Tornistern auf den Bücheln, mit Paketen in den Händen, kommen in grauen Trupps die Treppen herunter. Trude Müller hat vor vierzehn Tagen einen Brief an ihren Mann zurückbekommen, mit einem Stempel der Kaiserlichen Feldpost: „Unbestellbar.“ Jetzt steht sie zufällig vor einem Berliner Bahnhof und starrt in jedes einzelne Gesicht der aufsteigenden Feldgrauen. Eine krankhafte Idee hat von ihr Besitz ergriffen und läßt sie ausharren, bis der letzte Soldat von oben herunter gekommen und im Getriebe verschwunden ist. Und auch dann rührt sie sich noch nicht von der Stelle.

Fritz Ebert ist im Kanzlerzimmer allein geblieben. Er hat seine Freunde verabschiedet. Mit verschwitztem Kragen und aufgeklopfter Weste sitzt er zurückgelehnt auf demselben Platz, von dem er sich seit Stunden kaum erheben hat. Das Tempo des Tages ist ihm fast zu viel gewesen. Morgens wollte er doch die Monarchie noch halten, um zehn versuchte er der Streikbewegung in den Arm zu fallen, mittags blieb nur noch die Aussicht auf eine einzuberufende Konstituante übrig, und abends ist er hart an der Grenze der Machtübergabe an die Arbeiter- und Soldatenräte angelangt. Er hat für den morgigen Tag alles vorbereitet und zweifelt nicht, daß ein aus Sozialdemokraten und Unabhängigen zusammengesetztes Kabinett der Volksbeauftragten zustande kommen wird. Und aus einem solchen Kabinett kann ein Instrument gemacht werden, das den Räten allmählich überzuordnen ist. Was Noske in Kiel gelungen ist, muß auch in Berlin und im Reich durchzuführen sein. Das ist letzten Endes eine Frage der militärischen Macht. Die Armee, die hinter der alten Regierung

stand, ist im Zerfallen begriffen. Die Soldaten werden nach allen Richtungen auseinanderlaufen, aber was werden die Offiziere tun? ... Der Gedanke, der Verrat bedeutet, ist wieder da.

Ebert ist frei von exaltierten Aufregungen und ohne die geringste Neigung zu Unentschlossenheiten. Der hinter ihm liegende 9. November, den Generationen von Sozialisten erschaut, und für den sie gelitten haben, hat sein Blut nicht schneller laufen lassen und ihn nur rechtschaffen müde gemacht.

Was ist Verrat? Eine müßige Frage ohne realpolitischen Hintergrund, die Schreiber und Idealisten beantworten mögen. Und was ist Sozialismus? Eine Idee der Menschheitsbefreiung, wie es auch andere gibt. In der Politik geht es nicht um Ideen, sondern um die Kräfte, die im Zeichen solcher Ideen zu organisieren sind. Es geht nicht um den Sozialismus, sondern es geht um die Sozialdemokratische Partei. Dieses große Instrument kommt unter die Räder und wird zerrieben, wenn die Arbeiter- und Soldatenräte Herrschaft gelangen, wenn er nicht rechtzeitig eine militärische Macht hinter seine Politik zu bringen versteht. Kann er die Offiziere der alten kaiserlichen Armee zu Hilfe rufen: das ist die Frage.

Ebert hebt sich aus seinem Sessel hoch, geht auf die Tür zu, öffnet und läßt ein Moment auf den Gang hinaus, dann schließt er sie wieder und riegelt hinter sich ab. Schwer sinkt er in den Sessel zurück und starrt das vor ihm stehende Telefon an. Wenn er den Hörer hebt, meldet sich die Hauszentrale, aber wenn er vorher umschaltet, ist er durch einen geheimen Draht mit der Obersten Herrensleitung in Spa verbunden und kann ohne Nebenbörer mit dem Generalquartiermeister sprechen ...

(Schluß folgt)

Die Mittelschichten und der Faschismus

Von Fritz Sternberg

IV.

Faschistische Ideologie bei den Angestellten und Intellektuellen

Je weniger die Lage der Mittelschichten sich dem ökonomisch von der Lage der Arbeiterschaft unterscheidet, desto stärker werden die Unterschiede betont. Das gilt natürlich nicht nur für den Mittelstand, es gilt vielleicht noch in verstärktem Umfang von dem neuen Mittelstand, den Angestellten, dem sogenannten Stehkroneproletariat. Wir haben den Nachweis geführt, daß gerade in der heutigen Krise die ökonomische Barriere immer mehr fällt, die das Angestellten- und das Arbeiterdasein trennt. Der Angestellte wird so arbeitslos wie der Arbeiter, der Angestellte erhält kein höheres Gehalt als der qualifizierte Arbeiter an Lohn, ja oft noch weniger. Der Angestellte erhält nicht mehr ein Monatsgehalt, das fest ist, sondern er erhält einen Stundenlohn, der ihm monatlich bezahlt wird. Das Angestellten-dasein wird von der Rationalisierung ebenso erfaßt, wie das Arbeiterdasein.

Aber diese Erscheinung ist erst neueren Datums. Und die Konsequenzen, die sich aus der Veränderung des ökonomischen Unterbaues ergeben, werden, soweit sie revolutionär sind, nur äußerst langsam gezogen. Zunächst ist die Antwort auf die Verschlechterung der Lebenslage, auf die Proletarisierung des Daseins, daß man sich die Zeiten zurückwünscht, in denen die Proletarisierung noch nicht da war, in denen man sich vom Arbeiter völlig distanziert fühlte. Wie stark diese Strömungen unter der Angestellten-schaft sind, zeigt mit aller Deutlichkeit die Zahl der einzelnen Organisationen. Wenn man die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter innerhalb der gesamten organisierten Arbeiterschaft vergleicht mit der Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten unter der gesamten Zahl der Angestellten, so ergibt sich (Ende 1933) folgendes Bild:

Verbandsgruppen	Arbeiter-verbände Mitglied. v. H.	Angestellten-verbände Mitglied. v. H.
Freigewerkschaftliche	4 415 700 81,3	415 300 27,3
Christlich-nationale Freiwilligenvereine (H.-D.)	720 050 13,3	454 900 29,8
Syndikalistische und Arbeiterverbände kommunistischer Richtung	202 450 3,7	340 600 22,3
Wirtschaftsfriedliche	49 800 0,9	—
Selbständige Verb.	20 200 0,4	241 800 15,8
Konfessionelle Verb.	24 500 0,4	10 000 0,6
Insgesamt	5 432 700 100,0	1 528 200 100,0

Die überwiegende Majorität der überhaupt organisierten Arbeiter ist freigewerkschaftlich organisiert. Bei den Angestellten aber ist es erst ein reichliches Viertel, 27,2%. Die überwiegende Majorität der Angestellten ist im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband und in demokratischen und kleinbürgerlichen Verbänden organisiert, steht also noch auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung; diese Angestellten-schichten sind beleidigt, wenn man sie als Arbeiter bezeichnet. In ihren Köpfen fühlen sie sich noch als besonderer Stand.

Und die Nationalsozialisten haben es sehr gut verstanden, auf diese ihre Ideologie einzugehen. Heute, so sagen sie ihnen, in diesem kapitalistischen System werdet ihr als Stand ausgerottet. Die Marxisten bejahen diese Entwicklung, denn sie wollen ja eine

sie ist die Distanzierung gegenüber der Arbeiterschaft schon traditionell eine Selbstverständlichkeit.

Dazu wendet die nationalsozialistische Ideologie sich an alle gefühlsmäßigen Reaktionen dieser Schichten. An den Begriff der Nation, des Blutes, der Rasse, des Mythos, des Individuums und verspricht ihnen ihre Erhaltung im dritten Reich. Die Proletarisierung der Mittelschichten, die nicht als 40% der deutschen Bevölkerung ausmachen, ist die entscheidende Voraussetzung, die den Nationalsozialismus als Massenbewegung möglich gemacht hat. Dabei geht sein Aufstieg parallel mit der Vernichtung der bürgerlichen Parteien, die ihm, vom Zentrum abgesehen, nichts entgegenzusetzen haben.

Nach starker als bei den städtischen Mittelschichten ist das Eindringen der nationalsozialistischen Ideologie bei den Bauern gewesen. Das haben wir in der SAZ vom 22. Oktober (Bauern- und Landarbeiter-Sondernummer) ausführlich behandelt.

Schlußfolgerung

Wenn wir in unseren Aufsätzen die Ursachen für das relativ leichte Eindringen der Nazi in die Mittelschichten erklärt haben, so heißt das selbstverständlich nicht, daß wir uns nun damit, als einer „unabänderlichen“ Tatsache abfinden wollen. Im Gegenteil. Gerade wenn wir die ökonomischen, sozialen und ideologischen Ursachen kennen, dann, nur dann ist es uns mit Er-

folg möglich — wie wir ebenfalls im Einzelnen in den verschiedenen Aufsätzen gezeigt haben —, den Angestellten, Kleinbauern, Kleinrentnern usw. nachzuweisen, wie falsch es in ihrem eigenen Interesse ist, wenn sie sich von den Nazis mitführen lassen in dem Glauben, dadurch die früheren „besseren“ Zustände im „dritten Reich“ wieder zu erreichen. Das wird nie eintreten, das Rad der Geschichte und Entwicklung laßt sich nicht zurückdrehen. Das „Dritte Reich“, das heißt die ganze Herrschaft der Nazis, wird nichts anderes sein, als die unumschränkte kapitalistische Diktatur, in der alle Kreise des Mittelstandes (Kleinbauern, Handwerker, Kleinrentner und Angestellte) genau so wie die Arbeitervassen mit Hilfe des blutigsten Terrors niedergedrückt und als recht- und hilflose Sklaven ausgebeutet werden.

Dagegen, wie auch gegen ihre jetzige Not können sich die Mittelschichten nur mit Erfolg wehren, wenn sie zusammen mit der Arbeiterschaft den revolutionären Kampf führen gegen Kapitalismus und Faschismus, für den Sozialismus.

Die Herstellung dieser Einheitsfront aller Ausgebeuteten, aller Schaffenden in Stadt und Land hat sich die Sozialistische Arbeiterpartei als wichtigste Aufgabe gestellt. Wer hier mithelfen und dafür Bekenntnis ablegen will, der kann am 6. November nur stimmen für die

Liste 18 der SAP.

Jetzt auch weiblicher Arbeitsdienst

Syrup, der Leiter der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung sowie Kommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, hat jetzt auch einen Plan für den Ausbau des weiblichen Arbeitsdienstes vorgelegt und den Frauenorganisationen aller Richtungen, also auch der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt, in einer Besprechung Mitteilungen darüber gemacht.

Rund 10 000 Frauen sollen heute bereits im freiwilligen Arbeitsdienst tätig sein. Sie sollen auch, möglichst in geschlossenen Lagern, zusammengebracht und vornehmlich für Näh- und Ausbesserungsarbeiten, Küchendienst in männlichen Lagern, Schaffung von Kleingartenland und dergl. verwandt werden. Die Arbeitsbedingungen sollen die gleichen sein wie bei den männlichen Arbeitsdienstlern, d. h. zu einer Bezahlung, die allen menschlichen Bedürfnissen Hohn spricht und, auch wenn man zusätzliche Arbeit sagt, lohn-drückend wirkt.

Die gesamte bürgerliche Frauenbewegung und die SPD setzen sich für diesen „freiwilligen Arbeitsdienst“ der Frauen ein. Die „Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit“ hat zusammen mit dem „Deutschen Archiv für Jugendwohlfahrt“ eine Flugschrift herausgegeben, die diese Vorstufe der kasernierten Arbeitsdienstpflicht auch für die weibliche Jugend nach allen Richtungen preist. Die Mädchen würden aktiviert und ertüchtigt für

nationalsozialistische Verhetzung und Vorbereitung einer neuen Kriegspolizei. Denn diese Konsequenz hat die Schaffung des Arbeitsdienstes, auch wenn einzelne bürgerliche Frauenvertreterinnen den Arbeitsdienst ohne Kasernierung und militärischen Drill für die Mädchen propagieren.

In der erwähnten Flugschrift wird für die Städte auch ein offener weiblicher Arbeitsdienst gefordert, in dem den Leitern und Leiterinnen nicht weniger als 10 Stunden tägliche Arbeitszeit zugemutet wird. Auf diesem Wege soll dann gleichzeitig der Not der abgebauten Jungfrauen und anderer sozialpädagogisch geschulter Kräfte gesteuert werden.

Wir meinen, daß diesen Kräften zu wirklich auskömmlichen Gehältern Arbeit genug im regulären Schuldienst, in regulären öffentlichen Arbeiten offen stehen müßte, wenn der Staat bei den Besitzenden nur durchgreifend zupacken würde. Ebenso würden alle die erwerbslosen Mädchen und Frauen, die jetzt dem freiwilligen Arbeitsdienst zugeführt werden sollen, genügend reguläre Arbeit finden, wenn nur nach dem Bedarf der breiten Massen produziert würde und nicht unter kapitalistischen Profitgesichtspunkten.

Wir lehnen deshalb den weiblichen Arbeitsdienst mit all seinem Drum und Dran genau so entschieden ab wie den der Männer. Die Arbeiterschaft darf sich nicht ablenken lassen von dem einzigen wirklichen Ausweg, vom Kampfe für die Wiedereinrichtung in den Produktionsprozeß, für reguläre Arbeitsbeschaffung zu menschenwürdigen, tariflichen Löhnen und Arbeitsbedingungen unter persönlicher politischer Freiheit des Einzelnen. Alles andere ist ein Ausweichen vor diesem notwendigen Kampfe und muß zur gegen die Arbeiterklasse ausschlagen.

Ende des Krafttag-Streiks

Der Streik der Taxi-Chauffeure ist, wie der „Vorwärts“ triumphierend meldet, „vollständig zusammengebrochen“. Nach der Darstellung des „Vorwärts“ haben die organisierten Chauffeure „angesichts der Aussichtslosigkeit des Kampfes“ am Donnerstag nachmittag die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die führenden Leute der RGO und der Nazis, die Träger des Streiks, wären als die ersten wieder in das Depot gelaufen, um bei der Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu spät zu kommen. Das Depot in der Sophie-Charlotte-Straße würde von der Direktion der Krafttag vorläufig nicht wieder eröffnet und damit mehrere hundert Chauffeure arbeitslos.

Damit hat wieder eine Aktion der Arbeiterschaft mit einer Niederlage geendet. Schuld daran ist nicht nur wie der „Vorwärts“ schreibt, die RGO, sondern nicht minder die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die erdrückende Mehrheit aller Krafttag-Chauffeure für den Streik, für den Kampf gegen die weitere Verschlechterung der Lohnbedingungen war. Doch die Leitung des Gesamtverbandes wollte diese Kampf Stimmung nicht ausnützen, wollte keinen Streik führen. Deshalb hat sie sich lediglich auf einen Teil ihrer Funktionäre im Betriebe stützend, ohne Befragen der großen Masse der Belegschaft, die verschlechterte Tarifvereinbarung abgeschlossen. So glaubte sie um den Streik herumzukommen und, als er trotzdem ausbrach, sich hinter ihre Tarifvereinbarungen

zu verschansen und den Streik für einen „wilden“ zu erklären. Diese Handlungsweise kann nicht scharf genug verurteilt werden.

Die Schuld der RGO liegt auch in diesem Fall wieder darin, daß sie sich lediglich auf Sonderaktionen neben den Gewerkschaften verlegt, die revolutionär eingestellten Chauffeure abhält, in den Verband einzutreten und dort ihren Einfluß geltend zu machen. Auch dieser Streik zeigt klar, daß, wenn die RGO-Anhänger restlos in den Reihen der Gewerkschaften organisiert Kollegen gestanden hätten, es der Bürokratie nicht möglich gewesen wäre, diesen Streik zu verhindern oder abzuwürgen.

Nicht scharf genug verurteilt werden kann die neueste Methode der RGO, mit den Nazis zusammen Streiks ohne und gegen die Gewerkschaften zu führen. Die Gewinner bei diesem traurigen Spiel werden am Ende bestimmt nicht die RGO-Gebilde, sondern die Nazis sein. Mögen die einzelnen Nazi-Proleten noch so ehrlich den Kampf wollen und auch mitmachen, so steht doch fest, daß durch die Unterstützung, ja offizielle Anerkennung der Nazis bzw. ihrer NSBO bei derartigen Streiks auf eine Stärkung der nationalsozialistischen Partei hinausläuft. Bei allen Arbeitern und den Nazi-Proleten besonders wird durch die Auffassung erweckt, daß die NSDAP bzw. ihre NSBO doch eine wirkliche,

ebenbürtige Arbeiterpartei wäre. Das eben wollen die Hitler- und Strasser gerade. Daß aber die Hitler-Partei der aller schlimmste Feind der ganzen Arbeiterklasse ist, braucht wohl den kommunistischen Arbeitern nicht erst gesagt zu werden. Darum, so scharf wir gegen die reformistische Politik und Taktik Stellung nehmen, so selbstverständlich ist doch, daß die revolutionären Arbeiter in und mit den freien Gewerkschaften zusammen und gegen die NSDAP kämpfen müssen. Je klarer und entschlossener dieser Kampf geführt wird, umso eher wird es auch möglich sein, die irre geleiteten Nazi-Proleten dahin zu bringen wo sie hingehören, in das Lager des klassenbewußten Proletariats.

Darum ist die Lehre des Krafttag-Streiks für alle Chauffeure wie für die Gesamt-Arbeiterschaft und insbesondere für die RGO-Arbeiter die Schlußfolgerung, daß sie sich in den Niederlagen führenden und den Faschismus stützenden RGO-Politik, Eintritt in die Gewerkschaften und Einsatz aller Kräfte, um die Gewerkschaften zu Machtfaktoren des revolutionären Kampfes zu machen.

Konferenz des DMV — Bezirk Halle a. d. S.

Am Sonntag 23. Oktober, fand in Burg bei Magdeburg die Bezirkskonferenz des DMV Bezirk Halle a. d. S. statt. Kollege Schlieffert vom Hauptvorstand beschäftigte sich in einem zweistündigen Referat mit der Notverordnung der Papen-Regierung und der bevorstehenden Reichstagswahl, dessen lange Rede und kurzer Sinn — natürlich, der war, daß es die Pflicht eines jeden Kollegen sei, der SPD am 6. November seine Stimme zu geben.

In der Diskussion (zehn Minuten Redezeit) traten die Kollegen Berg (SAP) und Mühsigmann (KPD) den Ausführungen von Schl. entgegen. Wenn die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften verstehen würden, die politische Zerrissenheit des Klassenkampfes auszunützen, würden wir bald aus der Defensiv in die Offensive kommen. Das Kabinett Cuno ist seinerzeit durch den außerparlamentarischen Druck der Arbeiterschaft gestürzt, das Kabinett Papen würde dasselbe Schicksal erleiden, wenn die gesamte Klasse unter Führung der Gewerkschaften den Willen dazu hätte. Es ist unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaften ihren überparteilichen Charakter wahren. — Die von der Opposition eingebrachte Entschliebung, in der von den Gewerkschaften verlangt wird, daß sie in ihrem eigenen Interesse die Initiative zum außerparlamentarischen Kampf und zur Verbreiterung der Kampf-basis ergreifen, wurde abgelehnt. Daß Schl. in seinem Schlußwort versuchte, die Opposition nach unbewährter Methode madig zu machen, versteht sich am Rande.

Aus dem Geschäftsbericht des Bezirksleiters Kollegen Rößler ging hervor, daß der DMV im Bezirk Halle als stabil zu bezeichnen ist. Zum Bezirksausschuß und zum erweiterten Beirat des Hauptvorstandes wurden gegen die Stimmen der Opposition nur reformistische Kollegen gewählt. Ein Kollege von der KPD gab mit der Einbringung einer gewerkschaftsschädlichen Entschliebung den Reformisten eine willkommenen Gelegenheit zur Diskreditierung der Opposition. Hoffentlich hat der KPD-Kollege nun gelernt, wie man Opposition im Interesse einer Bewegung nicht machen darf. — Es bedarf der größten Aktivität und der inneren Geschlossenheit aller oppositionellen Kollegen im DMV zur Herbeiführung eines Kurswechsels.

Auf Kosten der Angestellten Einigung im Braunkohlenbergbau

Senftenberg, 28. Oktober. Nachdem die Schiedssprüche im Gehaltsstreit des mitteldeutschen und Niederlausitzer Bergbaureviere, die eine unveränderte Verlängerung der bisherigen Gehaltsabkommen vorsehen, von Unternehmerseite abgelehnt waren, fanden auf Grund von Anträgen der Angestelltenverbände, die Schiedssprüche verbindlich zu erklären, Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt. Dabei zeigten die Angestelltenverbände Entgegenkommen (I) gegenüber den von Arbeitgeberseite in den Vorverhandlungen geäußerten Wünschen auf Herabsetzung der Dienstalterszulage. Es kam zu einer Vereinbarung zwischen den Tarifparteien, die die bisherige Gehaltsstafel bis zum 31. 3. 1933 mit der Maßgabe verlängern, daß die Alterszulagen in den einzelnen Gruppen eine Verminderung um 1,10 RM bis 1,50 RM im Monat erfahren. Beide Tarifparteien haben sich das Recht des Widerrufs dieser Vereinbarung bis Ende des Monats vorbehalten.

Aus der Partei

SAP Neustadt/Haardt: Wichtige Adressenänderung. Alle Zuschriften gehen von jetzt ab an den Gen. L. Wanderschied, Sauerbrunn 34.

Die Kandidaten der SAP

Unsere Kandidaten im Wahlkreis 11, Merseburg, sind Kurt Rosenfeld, Georg Ladebeck, Jacob Walcher. Die Listennummer wird noch bekanntgegeben.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lobndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupnerstraße 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I. Treppe. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebart, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Liefer-Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Hamburg

Dienstag, den 1. November 1932, pünktlich 20 Uhr im Lokal von Meyer, Am Markt 7 (Barmbeck), spricht der Genosse

Max Seydewitz

über: „Das sozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm.“ Gäste-Einladungen sind bei allen Funktionären zu haben.

Gesellschaftsordnung, in der es überhaupt keine Stände gibt. Wir dagegen versprechen euch ein drittes Reich, in dem nicht alle gleich sind; im Gegenteil, im dritten Reich wird es einen Ständestaat geben, in dem ihr euch daher als besonderer Stand gegenüber der Arbeiterschaft differenziert.

Die Nationalsozialisten haben mit dieser Argumentation bei den Angestellten gewisse Erfolge, wobei wir nicht vergessen wollen, daß ein erheblicher Teil der Angestellten nicht aus Arbeiterkreisen, sondern aus Kreisen des Kleinbürgertums stammt. Und so ständische Ideologien unschwer Boden finden.

Daß bei einem großen Teil der intellektuellen Mittelschichten, deren Elend auch immer stärker wächst, der Nationalsozialismus Eingang findet, ist für die Marxisten nur zu klar. Diese Schichten stehen zum Teil außerhalb des eigentlichen Produktionsprozesses, und wenn sie im Produktionsprozeß stehen, dann oft als Aufsichtsorgane im direkten Gegensatz zur Arbeiterschaft. Durch die Inflation und nach der Inflation wurde ihr Lebensstandard immer weiter gedrückt. Für

Brief aus Beuthen

Der „Harzburger Krieg“ — SPD-Plette — Einheitsfront Nazi, Stahlhelm, Reichsbanner — Die SAP ruft — „Oberschlesisches Landesmuseum“

Beuthen ist durchaus nicht mehr die Kleinstadt, für die man sie im Reiche hält. Abgesehen von der Tatsache, daß ihre Einwohnerzahl 100.000 überschritten hat und sie damit zur Großstadt avanciert ist, versucht sie das nun auch überall zum Ausdruck zu bringen. So steht sie z. B. Breslau nicht nach in der Frage des latenten Harzburger Krieges. Am vergangenen Sonnabend sind unsere braunen Buben wieder munter geworden. Sie gingen flugs mit ihrem Ortsvorsitzenden in eine deutschnationale Versammlung, schlugen Krach, entrollten ihre Nazi-fahne, schlugen mit Stuhlbeinen um sich, kurzum, sie benahmen sich so, wie Menschen, die sich dazu berufen fühlen, Deutschland wider zu ultranationalen Sitten zurückzuführen. Man merkt langsam, daß sie ihren Kampf gegen den Marxismus aufgegeben haben, und zwar infolge der Erfolglosigkeit, und ihn eintauschen in einen Kampf in ihren eigenen Reihen.

Auch die SPD hat es in diesem Wahlkampf sehr schwer. Es will nicht so recht mit der zweiten Republik gehen. Daher mußte man sich den Parteivorsitzenden Vogel aus Berlin herholen. Aber, welch ein Pech, der Saal war halb gefüllt,

wovon die Hälfte SAP- und KPD-Genossen waren. Auch Vogel hatte nichts Neues zu sagen. Als er sich über die Einstellung der Versammlung klar wurde, hielt er sich sehr an sein Konzept, und die Rede war nichts anderes als eine Vorlesung. Es geht auch hier mit der SPD sichtlich bergab. Das drückt sich nicht nur zahlenmäßig aus, das hinterläßt auch moralisch seine Spuren. In der vergangenen Woche nämlich hatten die Vereinigten Verbände heimtätiger Oberschlesier (eine durchaus nationalistische Organisation) zu einer Reichstagung eingeladen, der ein Umzug durch die Straßen der Stadt vorausgehen sollte.

und bei dem außer den Nazis und dem Stahlhelm auch — das Reichsbanner sein Erscheinen zugesagt hatte.

Die Bezirksleitung hat sogar keine Kosten und Mühe hierfür geschont und aus dem Unterbezirk Oberschlesien 40 Kameraden heruntergeholt. Dabei ist, wie wir aus wohlunterrichteter Seite erfahren haben, der Bezirk bei einigen Ortsgruppen auf großen Widerstand gestoßen bei Genossen, die nicht gewillt waren, diesen üblen nationalistischen Rummel, in den die SPD seit ihrer Tolerierungspolitik hineingeraten ist, mitzumachen.

Reichsbannerkamerad, erinnere dich deiner sozialistischen Ideen und ziehe klar und deutlich die Konsequenzen!

Es verdient auch festgestellt zu werden, daß das RB in Beuthen ganze 6 (sechs) aktive Kameraden zählt. Die anderen Kameraden haben ihre Aufgabe wahrscheinlich darin erblickt, während des Ueberfalls auf das Volkshaus die Spülkästen der Aborte zu hüten! In dem gestern stattgefundenen Prozeß des Volkshauses-Ueberfalls wurden, wie zu erwarten war, sämtliche Nazi-Angeklagten freigesprochen. „In dubio pro reo“ war das klassische Wort des Staatsanwalts, das ihm allerdings, so sollte man aus seinen Plädoyers gegen Linksgerichtete annehmen, nur bei Prozessen gegen Nazis einfällt.

Es ist doch sehr wunderbarlich, so müßte man meinen, daß in einer Stadt, in der noch vor der letzten Wahl sämtliche Nazi-Versammlungen zum Brechen voll waren, jetzt eine nationalsozialistische Totenstille herrscht. Das soll selbstverständlich nicht heißen, daß schon der Faschismus geschlagen wäre. Der Faschismus ist erst dann tot, wenn die Arbeiterpartei die von der SAP erkannten großen Aufgaben einsieht und sich zusammenschließt zu einer eisernen roten Einheitsfront gegen das kapitalistische System und damit sowohl gegen Hitler-Papen, als auch die Sozialisten.

Sozialismus heißt Befreiung der Arbeiterklasse, Sozialismus heißt Herrschaft des Proletariats, Sozialismus heißt Freiheit und Fort-

schrift. Alles andere bedeutet für das Proletariat Untergang in die Barbarei. Darum geht am 6. November die Stimme der Partei, die einerseits gezeigt hat, daß sie gewillt ist, den Weg des revolutionären Sozialismus zu gehen und die andererseits Männer hat, die dazu befähigt sind, auch diesen Weg zu führen. Mit der Abgabe der Stimme bekennt du dich zum Einheitsfrontgedanken und zum Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus. In Erkenntnis dieser Tatsachen rufen wir euch zu: „Seid kampfbereit!“

Am heutigen Tage hat die Stadt Beuthen das „Landesmuseum Oberschlesien“ mit einer großen Feier eingeweiht. Das Museum, das mit der bekannten Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk“ eröffnet, ist wert, gesehen zu werden. Selbstverständlich müssen wir dabei berücksichtigen, daß die Ausstellung vom bürgerlichen Gesichtspunkt gesehen

wird. So wird z. B. gesagt, daß die Geburten-einschränkung energisch zu bekämpfen ist. Wenn man bedenkt, daß in Beuthen 50 Prozent der Bevölkerung Arbeiter sind, und davon 30 Prozent erwerbslos, dann wird man sich klar darüber, wo der Geburtenrückgang seinen Ursprung hat. Er ist nämlich sozial bedingt. Es ist heute einem Arbeiter praktisch unmöglich, 2-3 Kinder in die Welt zu setzen und sie bei einem Monatslohn von 80 RM zu ernähren. Aber wir haben andererseits auch gar kein Interesse, dem kapitalistischen Staat neues, billiges Kanonenfutter zu liefern, mit dem er dann seinen perversen Gelüsten nach Eroberung genügen kann. Bessere Lebensbedingungen zu schaffen, das ist der Sinn des Sozialismus, für ihn zu kämpfen, ist Pflicht eines jeden Proleten. — Wir empfehlen unseren Genossen den Besuch der Ausstellung und überlassen ihnen namentlich, sie vom proletarischen Standpunkt zu werten.

Hallo, was ist bei unseren braunen Freunden los?

Warum hitler wochenlangent Tante vorher mit dem üblichen, wohlentzogenen Ohm angekündigt zu werden hier in Breslau sprechen mußte? Warum er Hals über Kopf seine so ganz anders disponierte Rednerturnee unterbrach und nach Breslau eilte? Wird wohl mancher biedere Nazi und mancher „Andersdenkende“ gerätselt haben. Nun, die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer. Es war höchste Zeit, daß er kam, sonst wäre hier die SA und ganze Teile der braunen Partei auseinandergeplatzt.

Und der „Wunderdoktor“ Adolf kann als alle riefen und versuchte zu leimen.

So durfte er denn im Hotel „Monopol“ residieren — vom frühen Morgen bis 3 Uhr Nachmittags, kleisternd und leimend, beschwichtigend, tadelnd und richtend wie es einer solch wahrhaften Führernatur Adolf dem Großen ja auch zusteht.

In der Zentrale in München hat man sich der Klagen der NSDAP-Mitglieder in Breslau beinahe nicht mehr erwehren können. Liebliche Zustände scheinen im faschistischen Lager zu herrschen. Der Breslauer kleine Gott der Nazis, Schönwaldler, hat sich einfach nicht mehr sprechen lassen. Den Hauptmann K ö h n e hat man bis auf weiteres beurlaubt, d. h. er ist abgesetzt worden.

Demnach ist die Rebellion und der Verfall in der Breslauer NSDAP und der SA tiefer und breiter als bisher bekannt.

Wie uns Nazis, die zu uns in die Redaktion kommen, versichern und teils auch belegen, umfassen sie in Breslau ca. 3000 Mann. Diese 3000 Mann, so behaupten einige von ihnen, hätten von der Reichswehr Sturmgepäck erhalten. Ob das wohl wahr ist? Es wäre nicht uninteressant, wenn die zuständigen Reichswehrkommandostellen sich hierzu äußerten (vielleicht sind es alte, ausrangierte Bestände?). Wie man hört, wurde jetzt dieses Sturmgepäck verteilt.

Weiterhin hat man ein geheimzuhaltendes Rundschreiben an die Mitglieder der politischen Abteilung herausgegeben, wonach jedes Mitglied der politischen Abteilung verpflichtet ist, zwei Funktionäre irgend einer Arbeiterpartei, ganz gleich welcher, die er kennt, namentlich anzugeben. Diese zwei sollen dann mit Wahlpropagandamaterial, Zeitschriften und Zeitungspropaganda und auch sonst propagandistisch bearbeitet werden. Sollte dabei kein Erfolg erzielt werden, so wird jedem der Mitglieder der politischen Abteilung die Verpflichtung auferlegt, die beiden von ihm bearbeiteten Funktionäre für die Arbeiterbewegung noch

vor der Wahl „unschädlich zu machen“. Wie, das überläßt man den Männern der politischen Abteilung.

Wenn die Mitglieder der politischen Abteilung der NSDAP diesen Anordnungen und diesen Parolen Folge leisten so helfe dies, daß noch kurz vor der Wahl systematisch ein furchtbarer Terror gegen die Funktionäre linksstehender Parteien einsetzen würde.

Für die Arbeiterschaft gilt es daher, mit höchster Wachsamkeit auf dem Posten zu sein. Pieter.

Schupo spielt Staatsanwalt Das Urteil gegen Genossen Ziegler in der Berufungsinstanz

Wie erinnerlich, wurde am 21. Juli d. J. der Genosse Willi Ziegler zu der unerhörten Strafe von sieben Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich in der Nacht vom 24. zum 25. Juni, im Anschluß an die gemeinsame Protestkundgebung der SAP und der KPD im Zirkus Busch des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht und gegen das Waffennutzbrechungsgesetz verstoßen haben sollte. In der damaligen Verhandlung kam es zu einem erregten Protest des Verteidigers, Genossen Eckstein, gegen die unerhörte Methode des Gerichts, den Umfang der Beweisaufnahme von sich aus zu bestimmen und die Ladung weiterer Entlastungszeugen abzulehnen. Genosse Eckstein und Genosse Ziegler verließen unter Protest den Verhandlungsraum. Das Urteil wurde in Abwesenheit des Verteidigers und des Angeklagten gefällt und lautete auf neun Monate Gefängnis.

Genosse Eckstein und Genosse Ziegler gingen gegen dieses Urteil jedoch Berufung einlegend, und so kamen die Vorgänge vor der Breslauer 6. Strafkammer gestern noch einmal zur Verhandlung. Wir haben darüber in der „SAZ“ vom 22. Juli d. J. eingehend berichtet. Neu waren in der gestrigen Verhandlung das überaus provozierende Verhalten des Polizeibeamten Marquardt, gegen dessen Einschreiten Genosse Ziegler Widerstand erhoben haben soll. Nicht genug, daß er immer wieder korrigierend in den Gang der Beweisaufnahme eingriff, mußte er sich vor dem Plädoyer des Verteidigers sogar Rechte an, die dem Staatsanwalt zustehen, so daß ihm das Gericht selbst eine Rüge erteilen mußte. Genosse Ziegler wurde zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der Unklarheit und Widersprüchlichkeit des Ergebnisses der Beweisaufnahme fordert auch dieses Urteil unseren schärfsten Protest heraus. E. K.

Revolutionsfeier

Mittwoch, 2. November, 18 u. 20,15 Uhr, im Konzerthaus, Gartenstraße.
Genosse Pröblich, der Mitkämpfer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, spricht. — Russenfilm.
Karten für 18,00 Uhr: 20, 30, 40 Pfg.
Karten für 20,15 Uhr: 25, 35, 45 Pfg.
bei den Funktionen und im Parteibüro.
Proletarische Kulturgemeinschaft.
Sozialistische Arbeiter-Partei.
Sozialistischer Jugend-Verband.

Eltern der Sammelstule 2

Die Mißstände, die seit Monaten an unserer Schule eingetreten sind, bedürfen einer baldigen Klärung. Die Erregung innerhalb der Elternschaft ist auf einem Punkt angelangt, der das Schlimmste befürchten läßt. Der Elternbeirat unserer Schule hat daher beschlossen für Montag, den 31. Oktober, 19 1/2 Uhr, nach dem Zentralballsaal, Westendstr., eine allgemeine Elternversammlung einzuberufen. Erscheint deshalb alle in dieser wichtigen Versammlung, denn es geht um das Wohl Eurer Kinder. Der Elternbeirat.

Hoch lebe der Zwickel!

Unter diesem Motto fand am Donnerstagabend eine Protestkundgebung der Zwickel-Bischhofswalder Freidenker gegen die Kulturreaktion statt. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stand das kulturpolitische Referat des Genossen Pohling, das von proletarischen Liedern, einigen Rezitationen und exakten Freitübungen (ohne Zwickel) der 12. Abteilung umrahmt wurde. Genosse Pohling zeigte ausgehend von der Zwickelverordnung den Angriff der Kulturreaktion auf der ganzen Linie gegen die moderne Arbeiterbewegung. Die Bestrebungen zur Verschlechterung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das Verbot des Verbandes der proletarischen Freidenker, der Kampf gegen die Arbeiterbewegung, das Verbot der Freikörperstule Adolf Koch, die Klerikalisierung der Berufsschulen sind Etappen zum Kulturfaschismus. Will die Arbeiterschaft diesem abwehren, so hilft nur die kämpfende, einheitliche Aktion der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Proleten-Vorschau

Was ist denn nur bei Lehmanns los? Diese Frage hörten die Besucher des Proleten im Vorprogramm dieser Woche. Ab Freitag wird die Antwort erteilt. Frau Lehmann und ihre drei netten Töchter geben im Proleten ein Gastspiel.
Im weiteren Programm ist ein guter Tonfilm des Regisseurs Thiele zu sehen: „Ball bei Raffkes.“ Dieser Tonfilm ist eine Parodie auf einen schnell reich gewordenen Aktienbesitzer.

Der Oelser Mädchenmord jetzt völlig aufgeklärt

Oels, 27. Oktober.
Der Mord an der 20jährigen Gertrud Kluge ist restlos aufgeklärt worden. Der Kutscher Mandel, der zuletzt behauptet hatte, daß er das Mädchen auf ihr Verlangen gefötet habe, brach bei einer Gegenüberstellung mit seinem Opfer zusammen und legte ein Geständnis ab. Danach hat er das Mädchen aus Eifersucht erschossen. Die Sektion der Leiche ergab, daß der Mörder dem Mädchen die Pistole direkt auf die Brust gesetzt haben muß. Es wurde ein Herz- und Lungendurchschuß festgestellt. Die Mordwunde konnte inzwischen sichergestellt werden. In deren Lauf befindet sich noch die abgeschossene Patronenhülse, außerdem noch drei scharfe Patronen.

Nur *Der nachdenkende Raucher* **Qualität!**

nimmt nicht irgend eine Cigarette, sondern verlangt ausdrücklich **JUNO**, da er weiß, daß sie qualitativ hervorragendes bietet. Gerade weil Juno auf Wertgaben, Gutscheine und Stickereien verzichtet, wird sie überall gefordert, denn stärker als solche Zugaben erweist sich Juno's wertvolle Mischung, ihre köstliche Frische und das volle Format. **Damit gewinnt Juno einen Jeden!**



Warum arbeitet die Frau?

D. F. Eine dumme und überflüssige Frage, werden manche sagen. Die Frau arbeitet, weil sie muß. Die Zeiten, in denen ein anderer für uns mitverdient, in denen der Mann oder der Vater für uns gesorgt hat, sind endgültig vorbei. Also müssen wir selbst verdienen.

Aber diese Erkenntnis ist leider noch keineswegs so allgemein durchgedrungen, daß es überflüssig wäre, diese Frage zu stellen. Gabe es sonst noch immer weite Kreise — selbst im Proletariat —, in denen gesagt wird, Frauenarbeit sei überflüssig und geschädlich, sei eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit, viele Frauen arbeiten nur „zum Vergnügen“, aus Putzsucht, ohne es nötig zu haben?

Wir wollen uns die Beantwortung der Frage nicht leicht machen und hier nicht auf die Verhältnisse im Arbeiterhaushalt eingehen. Das hier fast nie ein Mann so viel verdient, daß die Mitarbeit der Frau ein Luxus ist, liegt auf der Hand. Wie liegt es aber bei denen, von denen noch immer die Legende erzählt, es ginge ihnen besser, den Angestellten? Eine kürzlich veröffentlichte Enquete des Bundes Deutscher Frauenvereine hat die Verhältnisse in Familien untersucht, in denen die Hauptverdiener nicht Arbeiter, sondern Angestellte, Beamte oder kleine Selbständige sind. Die Enquete legt einen etwas merkwürdigen Maßstab an, indem sie für den monatlichen eigenen Verbrauch der arbeitenden Töchter 100 Mark ansetzt. Damit fielen alle die jüngeren Angestellten, die weniger

hängig sind. Ein sehr schönes Argument — aber nur leider in gar keiner Beziehung zur Wirklichkeit. Die übergroße Mehrzahl der Frauen arbeitet nicht für diese Selbständigkeit und Unabhängigkeit, sie sind im Gegenteil noch tiefer in die Abhängigkeit hineingeraten. Allerdings in eine Abhängigkeit mit umgekehrtem Vorzeichen. Wenn häufig zwei, drei oder noch mehr Menschen auf die Arbeit der Frau angewiesen sind, so gibt es für sie keine Selbständigkeit, kein freies Verfügen über das verdiente Geld. Ideale Gesichtspunkte sprechen in der kapitalistischen Ordnung nur in der Theorie mit. Die Praxis sieht anders und viel trüber aus. Sie zeigt uns, wie jede neu erworbene Freiheit sofort wieder ungeschützt in eine neue Fessel. Die zu Beginn dieses Jahr-

hunderts mit so viel Jubel begrüßte neue Freiheit, die den Frauen allmählich alle Berufe öffnete und sie hinausführte aus der dumpfen Enge der Familie, ist zu einer neuen Bürde geworden. Sie hat die Last einer fast kaum erträglichen Verantwortung auf die Schultern der arbeitenden Frau geworfen. Dem dummen Gerede von dem Luxus der Frauenarbeit stehen die Tatsachen der heutigen Welt kräftig gegenüber. Frauenarbeit wird nie ein Luxus werden, auch nicht, wenn die kapitalistische Ordnung überwunden ist. Aber dann wird sie den Frauen die Möglichkeit geben, die Fesseln des Jahrhunderts alten Sklavendaseins abzuschütteln und die Früchte ihrer Arbeit im Dienste der Gemeinschaft und eines neuen Aufbaus zu verwerten.

Was tut die Frau am 6. November?

Erstes Gebot: Sie geht wählen. Sie läßt sich nicht von irgendwelchen Freunden oder Bekannten aufschwätzen, es habe keinen Zweck, es würde durch das ewige Wählen auch nicht besser. Sondern sie sagt ihnen darauf, daß sie nicht wählt, weil sie glaubt, daß es dadurch besser wird — besser werden kann es nur durch den Kampf der Massen —, daß sie aber keine Gelegenheit vorbeigehen läßt, ohne sich zu ihrer Klasse zu bekennen und gemeinsam mit ihrer Klasse zu handeln.

Zweites Gebot: Sie wählt nicht nationalsozialistisch, weil sie weiß, daß die Nationalsozialisten nicht nur die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse, sondern insbesondere die Feinde der arbeitenden Frau sind. Sie weiß, daß die Nationalsozialisten von ihrem Herrenstandpunkt aus die Frau wieder zur Gebärmaschine und zum Lustobjekt für den Mann herabwürdigen wollen.

Drittes Gebot: Sie wählt keine der bürgerlichen Parteien, weil sie alle für Frauenrechte nur so weit tritt, wie es sich um die Frauen der bürgerlichen Klasse handelt.

Viertes Gebot: Sie wählt nicht sozialdemokratisch, weil die sozialdemokratische Politik der letzten vierzehn Jahre mitverantwortlich ist für die Not und das Elend der Arbeiter, der Erwerbslosen und ihrer Familien. Mit sozialdemokratischer Unterstützung wurden in der Periode der Brüning-Diktatur die Unterstützungsprämien immer weiter gekürzt, wurden Jugendliche und verheiratete Frauen aus der Erwerbslosenversicherung herausgenommen, wurde eine Zoll- und Steuerpolitik betrieben, die die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ungeheuer verteuerte. Um des lieben Friedens mit dem Zentrum willen stimmten die Sozialdemokraten im Reichstag sogar einem Gesetze zu, das die verheiratete Beamtin ihrer ihr in der Reichsverfassung zugestandenen Rechte beraubt.

Fünftes Gebot: Sie wählt nicht kommunistisch, weil die Kommunistische Partei durch ihre Politik die Einheit und den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse unmöglich gemacht hat, weil der Nationalsozialismus der kommunistischen Partei neue Verwirrung schafft und die Arbeiter von dem Hauptkampf ablenkt. Weil der in wörtlicher Anlehnung an die nationalsozialistischen Phrasen geführte Kampf „gegen das räuberische Diktat von

Versailles“ den Hauptschuldigen an dem Elend der deutschen Arbeiterklasse nicht in dem kapitalistischen Ausbeutungssystem im eigenen Lande sucht und zu neuer Völkerverhetzung führen muß. Weil die Frauen keinen Krieg, kein neues Massenmorden wollen, weil sie um die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joch des eigenen Kapitalismus kämpfen, darum wählen sie nicht kommunistisch.

Sechstes Gebot: Sie wählt die Sozialistische Arbeiterpartei, weil diese Partei allein frei ist von den Fehlern der beiden Arbeiterparteien, weil sie dafür kämpft, sofort Brot und Arbeit für alle zu schaffen und die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen will. Die proletarischen Frauen können nur einer Partei ihre Stimme geben, die den Kampf führt gegen den Kapitalismus, aber nicht gegen Angehörige der eigenen Klasse. Sie wählt die Partei der roten Einheit, die Partei des roten Arbeiterblocks, die Liste 18.

Siebtentes Gebot: Sie benutzt die Zeiten des Wahlkampfes, in denen die Massen, in denen vor allem auch die Frauen politisch interessiert und politischen Diskussionen zugänglicher sind als sonst, um überall, beim Einkauf, auf der Stempelstelle, im Betrieb mit anderen Frauen politische Gespräche zu führen und sie aufzuklären über die Ziele der SAP.

Achstes Gebot: Sie stellt sich in diesen Tagen der Parteiorganisation zur Verfügung für alle Arbeiten. Sie übernimmt Agitationsarbeit und Zeitungserwerb, sie beschafft mit den Sammellisten der Partei die nötige Munition, die zum Kampf gehört.

Neuntes Gebot: Sie versieht sich selbst mit dem politischen Material ihrer Partei und arbeitet es durch, um den politischen Gegnern und den Angehörigen der anderen Arbeiterpartei in der Diskussion gewachsen zu sein.

Zehntes Gebot: Sie gibt durch ihre Arbeit den schlagenden Beweis dafür, daß alles Gerede, die Frau sei politisch weniger reif als der Mann, hohles Geschwätz ist, das dem Klassengegner dient. Sie erweist sich als wirkliche Klassenkämpferin

für die rote Einheit,
für die Sozialistische Arbeiterpartei
Deutschlands!

Berlin ist die furchtbarste Anklage gegen das kapitalistische System und vermittelt tiefste Einblicke in das Leben von Menschen, die mitten unter uns sind und oft unbeachtet bleiben.

Aber für die Jugend wird doch heute so viel getan! Hat nicht der „Wohlfahrtsstaat“ Erwerbslosenheim, Kurse und Schulen für sie geschaffen, um sie zu verhindern, Verbrecher zu werden? Das wird uns von alten Tanten beiderlei Geschlechts immer wieder entgegengehalten. Darum ist es außerordentlich verdienstvoll, daß Albert Lamm in seinem Buch eine Schilderung aus dem Leben eines solchen Erwerbslosenhomes gegeben hat. Als Zeichenlehrer lebt und arbeitet er mit den Jungen zwischen vierzehn und zweiundzwanzig, aus dem täglichen Umgang lernt er sie kennen. Er kam, um ihnen zu helfen und wird selbst ein ganz hilfloser Hilfsbedürftiger. Kein Heilmittel und kein Unterricht kann den jungen Menschen helfen, die im Nichts leben und ins Nichts gehen — ohne Ziel und ohne Zukunft, lebenslänglich Erwerbslose. Aber Lamm, der nicht moralisieren will, sondern nur zeigen was ist, führt durch ihre „Streiche“, die es fast unmöglich machen, ihnen nahe zu kommen. Unabhängig von Hoffner kommt er zu dem gleichen Ergebnis: was am tiefsten in diesen jungen Menschen lebt, ist ihre Solidarität: „Eine unheimliche, mystische Macht ist ihre Solidarität; sie ist ihr Halt und ihre Hoffnung. Sie verkehren wahrlich ohne Sentimentalität miteinander; sie machen sich oft das Leben wechselseitig zur Hölle, meistens denkt jeder zuerst an sich. Aber wo sie an die Grenzen ihrer Welt kommen, wo irgend wer oder irgend etwas aus der Welt der fremden großen Macht ihnen gegenübertritt, da halten sie zusammen, ohne danach zu fragen, ob der Angegriffene Recht oder Unrecht hat.“

Ein ganz klein wenig von der physischen Not kann hier vielleicht gelindert werden. Die eigentliche Not bleibt bestehen, solange dieses menschenmordende System bestehen bleibt.

Jede Mutter sollte die beiden Bücher lesen und aus ihnen lernen, ihre Kinder ganz zu begreifen. D. F.

Die Frau in der Arbeitslosenversicherung

Immer häufiger ereignen sich jetzt die Fälle, in denen Ehefrauen auf dem Arbeitsamt geraten wird, freiwillig auf den Unterstützungsanspruch zu verzichten, weil sonst dem Manne soviel abgezogen wird, daß sie sich zusammen nicht besser, eher sogar schlechter stehen. Auf diese Ratschläge dürfen die Frauen unter keinen Umständen hören.

Ein Beispiel: Ein Mann, der 50 Mark in der Woche verdient hat, hat Anspruch auf 11,70 Mark wöchentliche Unterstützung. Bezieht die Frau gleichfalls Unterstützung, so erhält der Mann entsprechend weniger, da der Höchstbetragsatz für ein Ehepaar 11,75 Mark beträgt. Also hat die Frau noch die Mühe und Unannehmlichkeit des Stempelgehens und sie erhalten doch nicht mehr. Scheinbar einleuchtend. Aber —

In diesem Falle ist nur noch der Mann gegen Krankheit versichert, und die Frau hat entweder gar keinen Anspruch oder nur aus der Familienhilfe. Aber in der Familienhilfe gibt es keine freie Arztwahl, kein Krankengeld, kein Wochengeld, Medizin nur in ganz beschränktem Umfang. Das gleiche gilt für die Invaliden- und Angestelltenversicherung. So lange die Frau noch einen Pfennig Unterstützung bezieht, bleiben ihre Anwartschaften bestehen. Bekommt nur der Mann Unterstützung, sind diese Ansprüche erledigt.

Auf keinen Fall also auf solche freundlichen Ratschläge hören. Sie können sehr teuer zu stehen kommen.

Eine Heldenmutter

In einer Sitzung des preußischen Landtags haben die Nationalsozialisten die weiblichen Abgeordneten der Sozialdemokratie als — „dumme Ziegen“ bezeichnet. Voller Empörung warfen die also Angegriffenen sich in die Brust und erklärten, sie hätten ihre Söhne auf dem Schlachtfelde für das Vaterland geopfert.

Es gibt aber auch andere Heldenideale als dieses sozialdemokratisch-nationalsozialistische. In Belgien lieferte kürzlich eine wirkliche Heldenmutter den Beweis dafür. Ein junger Mensch, R. A. Simoens, stand, an Händen und Füßen gefesselt, vor dem Militärtribunal in Antwerpen, weil er sich gewehrt hatte, Waffen zu tragen, Soldat zu werden und vielleicht andere Menschen zu töten. Da trat seine Mutter hervor, stellte sich freiwillig vor die Richter und rief:

„Nicht mein Sohn, sondern ich selbst sollte auf der Anklagebank sitzen, denn ich habe meine Kinder zu Menschenliebe erzogen. Ich habe sie gelehrt, daß der Militarismus niedrig und unmoralisch ist, denn er führt die einen gegen die anderen ins Gemetzel, die Menschen, die doch Brüder sind. Ich habe immer und immer wieder meinem Sohn wiederholt, ich möchte lieber zu dem Begräbnis mitgehen, als dich unter den Mördern sehen. Mein Sohn hat mich verstanden — ich bin stolz auf ihn.“

Ein Einzelfall. Gewiß. Aber ein Fall der Meinung, an alle Frauen sein kann in einem Augenblick, da der Nationalismus ohne Unterschied der Partei die Massen zu erlösen droht, in der Vertreterinnen einer Arbeiterpartei sich brüsten, ihre Söhne zur Rettung des Kapitalismus auf die Schlachtfelder geschickt zu haben — statt sich zu schämen, daß sie nicht handelten wie diese belgische Mutter.



Was liest die Frau?

Zwei Bücher über die Großstadtjugend

Die Sorge um die heranwachsende Generation wird für die proletarischen Eltern von Tag zu Tag brennender. Die Mütter sehen wohl, daß ihre Kinder so ganz anders sind, so ganz anders denken als sie es taten, aber nicht immer sehen sie die tiefsten Ursachen. Nicht immer erkennen sie, welche tiefe Bedeutung für das Leben des jungen Menschen die Tatsache ist, daß sie oft in verhältnismäßig vorgerücktem Alter, manchmal in ihrem zwanzigsten Jahr, noch keinen Tag in Arbeit gestanden haben. Das bedeutet eine Isolierung von der Gesellschaft, die das ganze Leben hindurch fortwirken muß, die zu einer Einstellung gegenüber allen Fragen des Lebens führen muß, die der älteren Generation völlig fremd ist. Auf sich allein oder die Kameradschaft derjenigen, die das gleiche Schicksal teilen, angewiesen, kommen die Jugendlichen häufig damit zu einer Versenkung in sich selbst und ihr eigenes Schicksal, die jede Verbindung mit einer größeren Gemeinschaft hindert. Wer von dem Ueberhandnehmen der jugendlichen Kriminalität spricht, sollte nie vergessen, daß diese Jugendlichen nicht „Verbrecher“ sind im üblichen Sinne des Wortes, daß ihre — oft harmlosen — „Verbrechen“ entstehen aus

einem Haß- und Rachegefühl gegenüber einer Gesellschaft, die sie nur als ihren Feind kennengelernt haben. Oft übersehen aber auch Proletariereltern, belastet mit ihren täglichen Sorgen, vor allem die Mütter in ihrer Sorge um das tägliche Brot, diese tiefsten Ursachen, aus denen ihre Kinder so „anders“ sind als sie es waren.

Erschütternde Einblicke in das Leben der jungen Arbeitslosen geben zwei Bücher, die kürzlich im Bruno-Cassirer-Verlag, Berlin, erschienen sind:

Ernst Landfester: „Jugend auf der Landstraße Berlin“ und Albert Lamm: „Betrogene Jugend.“

Haffners Buch ist eine Art Reportage aus Berlin, wo es am nördlichsten ist, zwischen Alexanderplatz und Stettiner Bahnhof. Dort hat er eine Gruppe Jugendlicher durch das Labyrinth ihres Elends verfolgt, durch ihren Hunger, durch die Wärmehallen, die Schlafstellen, die Rummelplätze und finsternen Kneipen. Aber nicht nur das. Auch durch ihr Seelen- und „Erwerbsleben“. Diese Claque, die sich „Blutsbrüderschaft“ nennt, lebt als enge Gemeinschaft unter der Führung des „Cliqueubullen“, der ihre „Arbeit“ leitet. Diese Arbeit besteht in Taschendiebstählen in Warenhäusern und auf dem Wochenmarkt. Was einkommt, wird auf Heller und Pfennig geteilt. Also Diebsbände, verkommene Subjekte, über die es kein Buch zu schreiben lohnt? Im Gegenteil: junge Menschen, entlaufene Fürsorgezöglinge zumeist, denen ein schuldhaftes System die besten und wertvollsten Regungen nicht nehmen konnte: das Gefühl der Solidarität, der unbedingten Zusammengehörigkeit. Über hungernd jeder von ihnen, als daß er einen Kameraden im Stich läßt. Im tiefsten Sinne sind sie nicht „verwahrlost“, sind sie Menschen, die sich frei herauszuweisen und Arbeit suchen möchten und immer wieder gehindert werden durch das drohende Gespenst: Polizei, Fürsorge, keine Papiere. Diese Jugend auf der Landstraße

*) Unter dieser Rubrik werden wir jetzt regelmäßig auf Neuerscheinungen hinweisen, die für die Frauen von besonderem Interesse sind.

Kampfbereit im Wedding

Am Mittwoch veranstaltete die Ortsgruppe Wedding eine gut besuchte öffentliche Versammlung, auf der Genosse Kurt Rosenfeld referierte. Im Eingang seines Referats erklärte Genosse Rosenfeld, daß

vom 6. November keine Entscheidung zu erwarten

sei. Der Reichstag ist zur völligen Ohnmacht verurteilt und seiner Zusammensetzung kommt deshalb keine entscheidende Bedeutung zu. Nur dem Konflikt im Lager der Reaktion selbst sei es zu danken, daß heute erst die Diktatur Papen und nicht die Diktatur Hitlers herrsche, die auch mit den letzten Resten von Bewegungsfreiheit für die Arbeiterklasse Schluß mache. Aber trotz dieser Unterschiede sei Papen kein kleineres Übel, sondern Papen und Hitler sind das größte Übel, das es zu bekämpfen gilt.

Als dann Genosse Rosenfeld auf den 20. Juli einging und das Versagen der SPD und KPD auflegte, tiefen kommunistische Versammlungsteilnehmer: „Und was tut die SAP? Genosse Rosenfeld antwortete ihnen darauf, daß es ja sehr ehrenvoll sei, wenn die KPD-Genossen plötzlich der sonst verspotteten SAP solche Bedeutung beimessen, aber wir sind nicht so großenwahn-sinnig, um als kleine Partei zu glauben, daß wir das vollbringen können, was nur die ganze Arbeiterklasse vollbringen kann. Den kommunistischen Versammlungsteilnehmern wies er an Hand der „Roten Fahne“ vom 16. Oktober nach, daß die KPD-Führung selber das Versagen der KPD am 20. Juli zugeben muß

An Hand der Ausführung von Seveing und Braun kennzeichnet dann Genosse Rosenfeld die Haltung der SPD-Führung am 20. Juli. Er wies auf die Äußerungen Seveings über den politischen Anstand hin und seine Erwartung, ebenso behandelt zu werden, die die Vorbürgerlichkeit der SPD-Führung enthüllen. Die Erklärung Otto Brauns in Leipzig, daß die Preußen-Regierung der Regierung Papen im Reichsrat wiederholt Hilfestellung geleistet habe, steht mit der oppositionellen Haltung der SPD gegen die Papen-Regierung im Widerspruch und bedeutet eine Tolerierung Papens. Die Verströung der SPD-Anhänger auf die Antwort am 31. Juli und auf den Staatsgerichtshof haben sich als Täuschung erwiesen. Hier konnte die SPD-Führung nicht sinken als mit der Erklärung in Leipzig, daß sich die Preußen-Regierung bemüht habe, ihre Pflichten gegenüber der Regierung Papen zu erfüllen.

Genosse Rosenfeld wies dann auf die reaktionären Verfassungspläne und die monarchistischen Umtriebe hin. Er betonte, daß die Reaktion nur wegen der Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse so frech auftreten könne. Die Einheitsfront der Arbeiterklasse sei deshalb das dringende Gebot der Stunde. Wenn aber die Arbeiterklasse geschlossen in den Kampf eintritt, dann kann das Ziel nicht die Wiederherstellung der Weimarer Demokratie, sondern nur die Diktatur des Proletariats sein. Aber jetzt stehen wir erst am Anfang des Weges und da gilt es, die Front gegen die Dinge zu schließen, die die Arbeiterklasse gemeinsam bedrücken.

Genosse Rosenfeld schilderte dann vor allem die Tätigkeit der Sondergerichte. Dabei erwähnte er vor allem den Prozeß gegen die Genossen aus der Röntgenstraße. Er erklärte, daß der Freispruch in diesem Falle nicht über die Gefahr der Sondergerichte hinwegtäuschen darf. Nur dank ganz besonders glücklicher Umstände gelang es hier, einen Freispruch zu erzielen, aber es ist kein Zweifel, daß, wenn dieser Prozeß nicht in Berlin, sondern in der Provinz stattgefunden hätte, es zur Verurteilung der Angeklagten, zu Todesurteilen gekommen wäre. An Hand der Statistik der Urteile zeigte er den ungeheuerlichen Unterschied auf der zwischen klassenbewußten Arbeitern und Fachleuten gemacht wird. Eine Einheitsfront gegen die Sondergerichte ist notwendig. Die Sondergerichte machen keinen Unterschied zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten oder SAP-Leuten, daran darf auch die Arbeiterklasse keinen Unterschied machen.

Als dann Genosse Rosenfeld auf die Frage der Einheitsfront näher einging und auf die Sabotage der SPD- und KPD-Führung einging und erklärte, daß sich im Kampf selbst die Führung herausbilde, da riefen die KPD-Anhänger in der Versammlung: „Nur unter Führung der KPD!“

Sie bestätigten damit, daß ultralinks wiederum Trumpf ist in der KPD.

Dann schilderte Genosse Rosenfeld das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen, das ein Programm zur Rettung des Kapitalismus auf Kosten der Massenverelendung ist und die „Sozialistische Aktion“ der SPD. Er wies darauf hin, daß die SPD-Führung jetzt gezwungen sei, die Auffassung der ehemaligen SPD-Opposition, daß die heutige Krise eine Krise des kapitalistischen Systems sei, zu bestätigen, daß aber das Programm selber nicht Sozialismus, sondern Staatskapitalismus bedeute.

Genosse Rosenfeld zeigte dann an Hand des Arbeitsbeschaffungsprogramms der SAP auf, wie der Kampf um den Sozialismus wirklich geführt werden muß. Als er erklärte, daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse sei, die Sowjetunion wie ein Mann zu verteidigen,

wenn sie von den Kapitalisten angegriffen, unterstrich der demonstrative Beifall der Versammlung dieses Bekenntnis. Auf den Zwei-

schenschruf eines KPD-Teilnehmers, „Ohne SAPI“, als Rosenfeld darauf hinwies, daß in Rußland ein sozialistischer Aufbau vor sich gehe, erklärte Genosse Rosenfeld, daß es wahrscheinlich auch in Deutschland keine SAP geben würde, wenn die KPD und die Kommunistische Internationale nach den Lehren Lenins handeln würde. Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, den Kampf der SAP für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zu unterstützen und der SAP die Stimme zu geben, nicht um irgendwelcher Mandate willen, sondern um die Bereitschaft zu bekunden, mit ihr im außerparlamentarischen Kampf gemeinsam zu marschieren.

In der Diskussion meldete sich trotz Aufforderung und Zusicherung verlängerter Redezeit

kein offizieller Vertreter der SPD und KPD.

Der KPD-Genosse Stark, der als zweiter Diskussionsredner sprach, verzichtete auf der Wortmeldung seine Parteizugehörigkeit und verzichtete so selbst auf die verlängerte Redezeit. Das war allerdings verständlich, denn er hatte so wenig zu sagen, daß er wohl selbst nicht wußte, wie er eine verlängerte Redezeit hätte ausfüllen sollen. Bezeichnend war, daß er die Hineinnahme von Nazis in die Streikleitungen damit rechtfertigte, daß ein Nationalsozialist, der streike, niemals mehr zu den Nazis gehen würde!

Als erster Diskussionsredner sprach der Trotzist Bauer anerkennenswert sachlich, der der KPD manche bittere Wahrheit sagte. Er wies darauf hin, daß der „Vorwärts“ am 8. Oktober ein Bekenntnis zur Einheitsfront abgelegt habe, das eine reine Demagogie wäre, die aber nur möglich ist, weil die KPD keine wirkliche Einheitsfront macht. Die Streikwelle ist im wesentlichen zum Stehen gekommen, weil sich die KPD-Anhänger aus den Gewerkschaften ausgeschaltet haben. Auch an der national-bolschewistischen Haltung der KPD übte er treffende Kritik. Es war allerdings ein Widerspruch an dieser Kritik, der man in allen

Punkten zustimmen kann, wenn er trotzdem in dieser KPD die entscheidende Kraft sieht, auf die es allein ankommt.

Dann trat der ehemalige Genosse Seigewasser auf, der durch sein Verhalten bewies, daß er mit der Partei völlig gebrochen hat. Seine engeren Freunde verteilten unter der falschen Flagge „Kommunistische Fraktion der SAP“, worin sie der SAP jede Existenzberechtigung absprachen, und ohne jede Kritik an der falschen Politik der KPD, die sie bis dahin auch für notwendig erachteten, zur Wahl der KPD aufforderten. In seiner Rede gab er sogar Argumente für die bisher und angeblich noch von ihm bekämpfte ultralinks Politik, indem er erklärte, daß die Vorgänge während des Kornilow-Putsches mit der jetzigen Lage nicht zu vergleichen seien.

Nachdem der Genosse Max Köhler an Hand des offiziellen Komintern-Materials das Versagen der KPD-Politik und die innerparteilichen Methoden der KPD aufzeigte, in der die Mitglieder nichts zu bestimmen haben, sprach noch ein Vertreter der Wedding-er Opposition der KPD, der im wesentlichen die Kritik des Trotzisten an der KPD unterstützte, und der KAP-Mann Tietz, der für Wahlenthaltung eintrat.

Im Schlußwort wies der Genosse Rosenfeld darauf hin, daß Wahlenthaltung der Arbeiterklasse der größte Fehler wäre, denn ein Parlament ohne Arbeitervertreter würde nicht mehr mächtig sein, sondern als Kullisse der Diktatur Bedeutung erlangen. Gegenüber den Behauptungen des KPD-Genossen wies er darauf hin, daß er innerhalb der SPD gegen den Reichswehr-Einmarsch in Sachsen und Thüringen gekämpft hat. Der Genosse Seigewasser und seine Freunde versuchten im Schlußwort die Versammlung zu stören und die Rolle zu übernehmen, die in früheren Versammlungen aufgehetzte KPD-Stoßtrupps spielten, während diesmal die KPD-Genossen in der Mehrheit diszipliniert bewegten. Die Provokation scheiterte aber an der Versammlung.

Mit einem begeisterten „Kampfbereit“ fand die Versammlung, in der auch zwei Neuaufnahmen gemacht wurden, ein Ende.

„Arbeiter-Fotografen“

Wenn irgend ein bürgerlicher Verein vor gibt, eine Beschäftigung mit einer Sache um ihrer selbst willen auszuüben, so erscheint uns das als selbstverständlich. Trotzdem wissen wir, daß sich hinter dieser angeblichen Gleichgültigkeit gegenüber den Tagesfragen und Tagesereignissen eine ganz bestimmte, nämlich die bürgerliche Ideologie verbirgt. Wenn aber ein Arbeiterverein dieser Ideologie verfallen ist und trotz aller Kritik nicht von ihr lassen kann, dann verdient er nicht mehr die Bezeichnung eines Arbeitervereins.

Wir bemängelten auf einer früheren Ausstellung der „Freien Foto-Vereinigung Berlin“ bereits das fast völlige Fehlen der sozialen Motive, die Beschäftigung mit der Klassenlage des Proletariats, die Einsetzung der Photographie als Waffe im Klassenkampf. Kürzlich zeigte die „Vereinigung“ erneut ihre Arbeiten der Öffentlichkeit. Arbeiten, die zum Teil von hohem künstlerischem Können und großem handwerklichen Geschick zeugten. Aber das sind Eigenschaften, die man auch in jedem

Sozialistische Studenten

In unserer Adressenliste für Sozialistische Studenten fehlte die Adresse des Heidelberger Sozialistischen Studentenverbandes. Sie lautet:

Alfred Schlothauer, Heidelberg, Viehliedstraße 12.
Gerhard Herkel, Mannheim, Langstraße 20.

bürgerlichen Verein vorfindet. Was aber völlig fehlt, das war das Arbeiterleben, das Arbeitslosmachsel. Fast scheint es, daß dieser Verein nur die „Arbeiteraristokratie“ in seinen Reihen zählt, denen das Leben und Leiden ihrer Klassen genossen eine unbekannte Größe ist.

Wir wissen, daß der Verein auch Genossen von uns zu seinen Mitgliedern zählt. Wir haben bis heute von deren Einfluß und Wirken nichts verspürt und wir hoffen auch von ihnen einmal ein Lebenszeichen zu entdecken. Oder sollten auch sie gar „aristokratisiert“ sein? G. Freund.

7 Prozent Lohnabbau bei den Bühnenarbeitern

Für die Arbeiter der Berliner Privat-Theater ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der einen Abbau der Löhne von 6 bis 7%, eine Kürzung des Ueberstundenzuschlages von 25 auf 15% sowie eine generelle Kürzung des Urlaubs, in der Spitze von 18 auf 14 Tagen, vorsieht. Die Theater-Direktoren hatten eine Lohnkürzung von 16% und außerdem die Einführung der unbezahlten „Arbeitsbereitschaft“ gefordert.

Wir nehmen als selbstverständlich an, daß die Bühnenarbeiter diesen Schiedsspruch nicht nur ablehnen, sondern auch sofort die notwendigen Kampfmaßnahmen dagegen treffen werden

Herbert Ziehbauer †

Ein treuer Kämpfer ist in jungen Jahren durch den Tod unseren Reihen entzogen worden. Nach langer schwerer Krankheit ist er ein Opfer seines Berufes geworden.

Aufgewachsen in der Kinderfreunde-Bewegung, wurde er später aktiver Funktionär der SAJ. Bei der Spaltung der Partei und der Jugend war er einer der ersten, der für den Aufbau der SAP und SJV mitarbeitete. Er war ihm aber nur ein halbes Jahr vergönnt, in der revolutionären Bewegung für den revolutionären Sozialismus zu arbeiten. Eine furchterliche Krankheit unterbrach die seine Arbeit. Auf seinem Krankenbett lagte er bitter darüber, daß er nicht in vorderster Front für Partei und Jugend arbeiten könnte. Die SAP und der SJV verlieren in ihm einen ihrer aktivsten Kämpfer.

Lieber Herbert, leider war es uns nicht möglich, Dir an Deiner Bahre unseren letzten Gruß zu entbieten. Wir schätzen den Wunsch Deiner Eltern, nicht von Dir als politische Organisation Abschied zu nehmen. Es war bestimmt nicht in Deinem Sinne gehandelt, daß die SPD, die Dich noch vor kurzem als Spalter bezeichnete, Dir als einem der besten Abschiedsgrüße entbot. Wenn der Vertreter der SPD an Deiner Bahre das Gelübde ablegte, in Deinem Sinne weiter zu kämpfen, so wissen wir, daß dies nur eine leere Phrase war. Wir aber, die wir in einer Front standen, werden das vollenden, wozu Du nicht weiter mitarbeiten konntest.

Der SJV und die SAP werden Dir ein treues Andenken bewahren.

Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Groß-Berlin
Ortsgruppe Tiergarten.
Sozialistischer Jugend-Verband Deutschlands
Groß-Berlin
Unterbezirk Tiergarten.

Wahlberechtigte! Wir führen seitdem Wahl-nachten und Nachts einen Kursus über die von Berlin durch. Thema: „Theorie und Praxis in der Arbeiterbewegung“. Kommens, welche daran teilnehmen wollen, melden sich im Sekretariat.

Auseinandersetzung IV - KJV

Der KJV führt folgende Jugendvereins-sam-lungen durch, in denen die BL des KJV ein-telefonisch Redefreiheit zugesichert hat.

Die Genossen des SJV besuchen folgende Veranstaltungen des KJV:

Donnerstag, den 2. November:
Friedrichshain, Boekers Postalle, Weber-straße 17.

Freitag, den 4. November:
Süd-Ost, Raabes Postalle, Fichten-Str.
Schöneberg, Viktoriagarten, Wilhelmstra.

Achtung! Der proletarische Weg umschließt Am-sonst November. Markt für die Berliner Jugend-zeitung rege Propaganda.

Der rote Kämpfer kostet 5 Pfg. und muß schon jetzt von den Gruppen bestellt werden. Aus dem Inhalt die politische Situation. — Was ist aus der SJV. — Die sozialistische Arbeiterjugend. — Was ist im KJV los? — Die bürgerliche Jugendbewegung. — Unsere Arbeit in den Gewerkschaften. — Kampf-Bericht. — Arbeiterbewegung. — Aus der Gewerkschaften

Gewerkschaftsberichte

Achtung! Buchdruckerei

Besucht alle die Bezirksvereinsversammlungen!

Tagung: 1. Vortrag (Theorie und Praxis) werden erst in der Versammlung bekannt gegeben werden). 2. Auswertung von Verhandlungen über die Wahl der Delegierten zu den Gewerkschafts-tagungen des Gews im Jahre 1933. 3. Bericht.

Sonntag, den 24. Oktober, 9.30 Uhr

11. Bezirk (Neukölln-Friedrichshagen) im „Mittleren Garten“, Dresdenstraße 21.

Montag, den 7. November, 9.30 Uhr

1. Bezirk, NW (Niedrig), ein Teil des Wedding in den „Arbeiter-Postalle“, Bruner Straße 17/18 (gegenüber der Marienkirche).

2. Bezirk, N (Wedding, Gieselerpark, Wilmers-Reichendorf, Borsigstraße, Tegel, Hauptplatz im „Schulhoff-Parkhotel“ (früher Hauptplatz Brauer), Chamerstraße 64.

3. Bezirk, NO (Süd-Ost) Altes, Neues, Neues, Neues schöneberg, Prenzlauer Allee, Weißensee in die „Kunst-Postalle“, Pappelallee 15.

4. Bezirk, O (Landsberger Allee, Prenzlauer Allee, Lichtenberg-Friedrichshagen, Stralauer-Park) im Restaurant „Frankfurter Hof“, Prenzlauer Allee 319.

5. Bezirk, SO (Schlesisches Tor, Götterpark, Haken, Kottbuser Tor, Trudow) im Gewerkschafts-Haus Engelke 247/25, Seel 4.

6. Bezirk, S und SW (Hilfeschies Tor, Tempelhofer Markt) im Restaurant „Schlesisches Tor“, Kreuzberg, Lichtenfelder Str. 11-17.

7. Bezirk, W (Schöneberg, Wilmersdorf, Prenzlauer, Steglitz, Groß-Lichterfelde usw.) im Restaurant „Piccadilly“, Schöneberg, Eberstraße 89.

8. Bezirk, Neukölln (Britz, Eichen) im Restaurant „Bergschloßhöhe“, Neukölln, Kottbuserstr. 6-10.

Montag, den 7. November, 9.30 Uhr

9. Bezirk, Charlottenberg (Spandau) im Restau-rant A. Reimer, Charlottenberg, Götterstr. 9-15 (Eingang Grünstraße, Ecke Kirchstraße).

10. Bezirk, Köpenick (Vorort an der Götterpark, an den Vorortstrassen Erliner und Borsigstraße sowie in der Nähe Borsigpark Vorort) im Restaurant „Zur Brückenklaus“, Inhaber Fritz Huber, Nieder-schöneberg, Brückenklaus 15.

Als Legitimation gilt nur die für den Jahr 1932 ausgeteilte Bezirkskarte. Die Bezirkskarte und Ver-zeugsliste werden zuerst auf die Bezirksver-sammlungen ausgeteilt zu machen und dann „Mit-teilungen“ auch den Leblingen zu übersenden.

Zu den Bezirksversammlungen im November und Dezember haben die Mitglieder nur in ihren zuständigen Bezirken Zutritt. Der Gewerkschafts-

ORGANISATIONSNACHRICHTEN

SAP

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

B. L. am Montag, den 31. 10., abends 19.30 Uhr. Gewerkschaftstag am Dienstag, den 1. 11., 20 Uhr, im Lokal Schütz, Eitelbetherstr. 30.

Funktionärseinkursus am Freitag, den 4. 11., fällt aus.

B. L. Sitzung Montag, den 7. 11., um 18 Uhr im Sekretariat.

B. L. mit Pol.-Org.-Leiter und Kassierer am Montag, den 7. 11., um 20 Uhr im Sekretariat, Magasinstr. 12a.

Am Montag, den 31. 10., 20 Uhr, beginnt ein Esperantokursus in Schöneberg, Tempelhofer Weg, Gemüdeschule. Leiter ist Gen. Gerhard Beyer. Unkostenbeitrag pro Abend 10 Pfg.

Die Ortsgruppen teilen mit:

Dienstag, den 1. November
Ortsgruppe Neukölln: Öffentlicher Aussprache-abend um 20 Uhr, Lokal Einigkeit, Kirchhof-Ecke Wippenstr. Ref.: Erna Halbe.

Mittwoch, den 2. November
Ortsgruppe Prenzl. Berg: Abteilungsabende um 20 Uhr. Abt. 1-3 bei Richter, Seibemannstr. 39; Abt. 3-4 bei Raabe, Metzger Straße 24.

Ortsgruppe Tiergarten: Öffentlicher Aussprache-abend um 20 Uhr bei Schütz, Lewetowstr., Ecke Jagowstr. Ref.: Max Köhler.

Ortsgruppe Kreuzberg: Abteilungsabende in den bekannten Lokalen.

Ortsgruppe Schöneberg: Öffentlicher Aussprache-abend: Kulturreaktion. Ref.: Steinfeld.

Donnerstag, den 3. November
Ortsgruppe Prenzl. Berg: Öffentliche Versamm-lung um 20 Uhr im Ledigenheim, Pappelallee 15. Ref.: Hans Gostomak.

Ortsgruppe Wilmersdorf: Öffentlicher Aussprache-abend. Ref.: Erna Halbe.

Montag, den 7. November
Ortsgruppe Tiergarten: Werbebezirksmitgliden-versammlung des ZdA. Kohl. Gottfuchs spricht. Alle ZdA-Genossen müssen erscheinen.

Dienstag, den 8. November
Ortsgruppe Tiergarten: Bildungskursus um 20 Uhr beim Gen. Jakob. „Wie verhält sich der Proletarier vor Gericht“.

Mittwoch, den 9. November
Ortsgruppe Prenzl. Berg: Kursus mit Paul Fröhlich um 20 Uhr bei Raabe, Metzger Straße 24. Thema: „Die proletarische Diktatur“.

Öffentliche Versammlung der SAP in den Mau-er-Festallen am Freitag, den 4. 11., 19.30 Uhr. Ref.: Max Köhler.

Veranstelt Sonntag, den 13. 11., vorm. 10 Uhr, Novemberfeier im „Babylon“ am Börsenplatz. Film: „Der schwarze Sonntag“. Eintritt 50 Pfg Erwerblosse 25 Pfg. Ansprache: Paul Fröhlich.

SJV

SJV Groß Berlin. Sekretariat Magasinstr. 12a

Monatsprogramme für November müssen am-gehend eingewandt werden.

Werbe-material muß von den Gruppen schnellstens abgeholt werden.

Alle Genossen, die sich für ein Tambourkorps in-teressieren melden sich im Sekretariat. Referenzschulung: Montag, dr 31. Oktober, um 20 Uhr, Magasinstr. 12a. Beginn der Arbeitsgemein-schaft: „Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes“.

STADTTHEATER
 Sonntag, 20. — gegen 21
 Abonnement-Vorstellung G 4
Der fliegende Holländer
 Sonntag, 15.—16 (Ermäß. Preise)
Don Giovanni
 19.10.—21
Der Teufelsreiter
 Montag, 19.10.—21
Der Teufelsreiter
 Berücksichtigt unsere
 Insurgenten!

LOBETHEATER
 Sonntag, 20.10. (u. 14.10.)
 Zum 1. Male
 (Shakespeare)
Komödie der Irrungen
 in neuer Fassung v. Hans Roth
 Sonntag, 15.10.—17.10.
Die endlose Straße
**GERHART-HAUPTMANN-
 THEATER**
 Sonntag, 20.10. (u. 14.10.)
 Zum 1. Male
Donnerstag, 17. April
 Schauspiel von Larive Zildy
 Sonntag, 15.10.—17.10.
Meine Schwester und Ich

Montag, 31. Oktober, 20 Uhr
Großer Konzerthausaal
2. Volks-Symphonie-Konzert
der Schlesischen Philharmonie
 Dir.: Hermann Bahr (Sol.: Stefan Frankel (Violine)
 Goethoven, Franke!, Langer, Weber
 Karten in der Geschäftsstelle der
 Schles. Philharmonie (Stadttheater)
 und Abendkasse
 Montag, den 7. November
3. Abonnements-Konzert
 Dirigent: F. von Hoeslin
 Solist: Alexander Kipnis (Baß)

Welpensparitag
 Wohlwollen spenden zu Barmherzigkeit

Was soll verbleiben?
anzug oder mantel
 gut sitzend auf maßlos zu
 20.- 22.- 16.- rm.
D. K. V.
 Nikolaistadtgr. 6
 S. Haus vom Konsumplatz
 nach dem Bürgerweide

Wintermäntel, Joppen
Regenmäntel, Anzüge
Lederbekleidung
Arbeitskleidung
 am besten und billigsten bei
 dem 2000-er
Oskar Dzialowski
 Neumarkt 2

Kleine Anzeigen
 sind komplett gehaltene An-
 zeigen (Verkauf, Kauf-
 suche) nur von Privat.
 Wort 3 Pfg., letztes Wort 4 Pfg.



Die fidele Herrenpartie
 anlässlich des zweiährigen Geburtstages der Pela-Kleidung ladet alle Freunde
 der Pela-Kleidung und alle, die es werden wollen — und das wollen Sie doch
 alle — zu einem vergnügten Wettbewerb, bei dem es
50 Preise zu gewinnen
 gibt, ein. Als Preise sind ausgesetzt:
 1. Preis 1 elegant. Pela-Smokinganzug
 2. Preis 1 elegant. Pela - Abendanzug
 3. Preis 1 elegant. Pela - Wintermantel
 4. Preis 1 elegant. Pela - Straßenanzug
 5. Preis 1 elegant. Pela - Wintermantel
 6. Preis 1 elegant. Pela-Straßenanzug
 7. Preis 1 elegant. Pela - Sportanzug
 8. Preis 1 elegant. Pela - Trenchcoat
 9. Preis 1 elegant. Pela-Hausjacke
 10. Preis 1 eleg. Pela-Wochenendanzug
 Außerdem 40 weitere Preise
 Die Preise liegen zur Besichtigung in den Schaufenstern aus. Alles Nähere ist
 kostenlos und ohne jede Verpflichtung, soweit es nicht schon durch Flugblatt bekannt
 ist, zu erfahren (oder schriftlich unter Angabe dieser Zeitung kostenlos anzufordern).
PELA-KLEIDUNG
 Breslau, im Knick der Nikolaistraße 16/17

Städtische Abgaben für das Rechnungsjahr 1932
 Nach den von den städtischen Körperschaften gefaßten und von den Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden genehmigten Beschlüssen zur Deckung des Steuerbedarfs für das Rechnungsjahr 1932 werden mit Wirkung vom 1. April 1932 ab in der Stadtgemeinde Breslau erhoben:
 A. Gemeindegewerbesteuer
 1. 459 v. H. Zuschlag von dem Steuergrundbetrage nach dem Ertrage.
 2. 1156 v. H. Zuschlag von dem Steuergrundbetrage nach dem Kapital.
 3. 20 v. H. Sonderzuschlag zu 1. und 2. von den Filialbetrieben, entsprechend 550 v. H. Gesamtzuschlag von dem Steuergrundbetrage nach dem Ertrage und 1387 v. H. Gesamtzuschlag von dem Steuergrundbetrage nach dem Kapital.
 B. Grundvermögensteuer
 1. 500 v. H. Zuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer für den Grundbesitz, der nicht landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt wird.
 2. 308 v. H. Zuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer für den landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Grundbesitz.
 C. Kanals- und Müllabfuhrgebühren
 1. als Kanalgebühr 1,80 Rpf. für 1.— RM. des staatlichen Nutzungswertes der abgabepflichtigen Gebäude.
 2. als Müllabfuhrgebühr 2,10 Rpf. für 1.— RM. des staatlichen Nutzungswertes der abgabepflichtigen Gebäude.
 Breslau, 25. Oktober 1932.
 Magistrat, Steuerverwaltung.

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Achtung Parteigenossen! Achtung Arbeiterkollern!
 Für die Einrichtung zweier Kinderfruchtbehalte im Nikolaitor und Pöpelwitz benötigen wir eine Reihe von Sachen zur Inneneinrichtung wie **Tische, Stühle, Schmel, Schränke, Beleuchtungskörper, Regale, Öfen, Abstreter, Platten, Böcke** usw. Reparaturbedürftiges Material wird von uns instandgesetzt.
 Meldungen zwecks Abholung an die Geschäftsleitung der Zeitung Kleine Holzstraße 3 erbeten. Alle Sachen werden dankend entgegengenommen. Wir hoffen auf solidar. Unterstützung
Arbeiter-Kinderfreunde Breslau
 Geschäftsstelle Seydlitzstraße 1

„Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“
 von Fritz Sternberg
 Ladenpreis 9 Mark
 Genossen und Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4,50 Mark. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Kleine Holzstraße 3.

Stammhaus der Brauerei C. Kipke
 Inh.: Leo Ulmer — Tel. 51542
 Friedrich-Wilhelm-Str. 6

Sta. oberchl. Kohle, Koks, Briketts, Holz
 Kalksandziegel M. Philipp, Mathiosstr. 114, nahe d. Marienkirche
Fleischeri und Wurstfabrik Hermann Kipke
 Frankfurter Straße Nr. 174
Gaststätte
 Angenehmer Familienaufenthalt

In den „Jägerhof“
 Gräbschener Straße 181/183
 Ausschank der guten Engelhardtbiere

KAFFEE HAT SCHON Hag, der Qualitäts-Kaffee, KAFFEE HAT SCHON
 unerreicht in Aroma und Güte!
Konditorei u. Café Lehmgrabenstr. 75
 Inh. Willi Pirntke
 Tägl. la. Backwaren Radiokonzert
 Angenehmer Aufenthalt!

Kleine Anzeigen
 in der SAZ sind
erfolgreich und billig!

weltkrieg droht!
 was ist zu tun?
 darüber gibt auskunft die hervorragende
 broschüre von walter pöppel
 erhältlich im parteibüro
 und bei allen funktionären
preis 5 pfg.

Tausende und Abertausende haben wir beschickt —
Schulstiefel
 kräftige Qualität, wasserdicht, Futter
 Größe 31-35 . 4.90
 Größe 27-30 **4.25**
 —und noch immer haben wir für jeden einen Gelegenheitskauf!

Männer-Rindleder-Arbeits-schuh Größe 40—47	5 95	Herrn-Lack-Halbschuh elegante Form	6 75
Männer-Rindleder-Schaff-stiefel Größe 40—47	9 75	Herrn schwarz und braun Rindbox-Halbschuh	5 90
Männer-Rindleder-Reit-stiefel Größe 40—47	17 80	Herrn schwarz Rindbox-Agraftstiefel	6 90
Herrn braun und schwarz Mastbox-Reitstiefel	19 50	Herrn schwarz und braun Sportstiefel Größe 40—47 von	8 50 an

■ Filz- und Kamelhaarschuh, la Qualitäten, billig, billig • Elegante Damen-Luxusschuh: Lack-Bindeschuh, sehr fest, 35-41 6.00 ■

Schmiedebrücke 20 **Phoenix-Schuh** Ges. m. b. H. Ring 12
 gegenüber Ecke Blücherplatz
 Messow u. Waldschmidt